

Dezernat I

Verantwortung:

Ausschuss:

Verwaltungsausschuss

Dezernatsleitung:

Alexander Willi



Produktbereich 11

Innere Verwaltung

11.10	Steuerung
11.11	Organisation und Dokumentation kommunaler Willensbildung
11.12	Steuerungsunterstützung, Controlling und Beteiligungsmanagement
11.14	Zentrale Funktionen
11.20	Organisation und IuK
11.21	Personalmanagement*
11.22	Finanzmanagement
11.24	Gebäudemanagement*
11.24.02	Facility Management*
11.25	Fuhrpark
11.26	Zentrale Dienstleistungen
11.30	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
11.33	Grundstücksmanagement

Produktbereich 41

Gesundheit & Sport

41.10	Krankenhäuser
--------------	---------------

Produktbereich 51

Räumliche Planung & Entwicklung

51.20	Grenzüberschreitende Planung und Entwicklung
--------------	--

Produktbereich 53

Ver- & Entsorgung

53.70	Abfallwirtschaft
--------------	------------------

Produktbereich 61

Allgemeine Finanzwirtschaft

61.10	Steuern, allgemeine Zuweisungen, Umlagen*
61.20	Sonstige allg. Finanzwirtschaft

Strategische Entwicklung

Strategische Schwerpunkte THH 1

Das Landratsamt Lörrach ist eine moderne, dienstleistungsorientierte Verwaltung und ein attraktiver Arbeitgeber.

Der Landkreis stellt sich den gesellschaftlichen Auswirkungen und Herausforderungen des demographischen Wandels im Landkreis.

Das Landratsamt gestaltet die digitale Transformation seiner Dienstleistungen.

Der Landkreis fördert eine bedarfsgerechte und moderne ambulante und stationäre medizinische Versorgung und Pflege im urbanen und ländlichen Raum.

Der Landkreis senkt die kreisweiten Treibhausgasemissionen, wirkt auf Energiesparen und eine effizientere Energienutzung hin und fördert den Einsatz regenerativer Energien.

Im Landkreis besteht ein zukunftsorientiertes und umweltschonendes ÖPNV-Angebot.

Der Landkreis fördert und stärkt Dienstleistung, Handwerk, Handel, Gewerbe und Industrie durch aktive Wirtschaftsförderung. Er verbessert die Außenwahrnehmung der Region durch sein Standortmarketing und unterstützt die Fachkräftewerbung.

Zielbeiträge 2018

Strategischer Schwerpunkt

Das Landratsamt Lörrach ist eine moderne, dienstleistungsorientierte Verwaltung und ein attraktiver Arbeitgeber.

■ Wirkungsziel 2018 – PG 11.20

- Die Geschäftsprozesse in den Verwaltungsbereichen sind optimiert.

Optimierte Geschäftsprozesse und die damit einhergehende Abstimmung an den Schnittstellen zu anderen Prozessen sowie die Definition des optimalen Ressourcenbedarfs sind Grundlagen einer dienstleistungsorientierten Verwaltung. Sie bilden die Basis für die Definition von Qualitätsstandards zur Aufgabenerfüllung und sind elementare Grundlage für die Digitalisierungsmaßnahmen, insbesondere für die flächendeckende Einführung des Dokumentenmanagementsystems (DMS). Ein Instrument hierzu sind die Organisationsuntersuchungen, welche im Landratsamt durchgeführt wurden und werden.

Im Jahr 2018 wurde neben der weiteren Umsetzungsbegleitung verschiedener Organisationsuntersuchungen (u.a. im Fachbereich Straßen, im Fachbereich Vermessung & Geoinformation sowie im Sachgebiet Naturschutz und Landschaftspflege) die Organisationsuntersuchung im Sachgebiet Behindertenhilfe mit Einbringung bzw. Beschlussfassung in den Gremien abgeschlossen. Die Umsetzung bzw. Prüfung der empfohlenen Maßnahmen schließt sich anhand einer individuellen Realisierungsplanung unmittelbar an. Initiiert und intensiv begleitet wurde auch die Erstellung eines prozessbasierten Qualitätshandbuchs für die sozialen Dienste im Fachbereich Jugend & Familie mit externer Unterstützung. Des Weiteren wurde die Organisationsuntersuchung zur Aufbauorganisation im Dezernat V projektiert und gestartet. Diese wird gemäß dem projektierten Zeitplan im Jahr 2019 abgeschlossen werden. Zu erwähnen ist zudem die begonnene Erstellung eines Prozessmanagement-Leitfadens im Anschluss an die Implementierung der Prozessmanagementsoftware (PICTURE), welches zukünftig die Basis eines umfassenden und einheitlichen Prozessmanagements darstellt.

■ Wirkungsziel 2018 – PG 11.21

- Die Mitarbeiter/-innen arbeiten gerne für das Landratsamt Lörrach und sind zufrieden mit ihrer Arbeit.

Der Mangel an qualifizierten Fachkräften und die demographische Entwicklung beinhalteten im abgelaufenen Berichtsjahr steigende Herausforderungen bei der Personalrekrutierung von Mitarbeitenden. Aus dem Grunde kommt der Positionierung als attraktiver Arbeitgeber weiterhin eine steigende Bedeutung zu. Das Landratsamt hat vielfältige Maßnahmen auf den Weg gebracht und umgesetzt, um sich in diesem Wettbewerb zu behaupten.

Unter anderem hat sich seit der Einführung 2017 das vom Landratsamt als Arbeitgeber geförderte Jobticket als festes Arbeitgeberzugeständnis etabliert und wird von unseren Mitarbeitenden rege nachgefragt. Mittlerweile können wir daher über 250 Jobticket-Nutzer vorweisen und damit zeigen, dass wir hiermit ein bedarfsgerechtes Angebot für unsere Mitarbeitenden geschaffen haben, was unsere Stellung als attraktiver Arbeitgeber in der Region weiter verstärkt.

Strategischer Schwerpunkt

Darüber hinaus konnten wir wichtige Fortschritte im Prozess der Personalrekrutierung machen und haben unsere strategische Ausrichtung auf einen kontinuierlichen Verbesserungsprozesses im Personalmanagement gelenkt. Hieraus werden in naher Zukunft Maßnahmen entstehen, die unsere Außendarstellung noch weiter professionalisiert und uns eine herausragende Position im Kampf um die regionalen Fachkräfte („War for Talents“) verschafft.

Bereits in der Vergangenheit wurden Grundsätze für Führung und Zusammenarbeit definiert, die dem beruflichen Miteinander einen Rahmen geben. Der Dialog auf Augenhöhe zwischen Führungskräften und Mitarbeitenden war und ist dem Landratsamt sehr wichtig, weshalb seit 2017 Mitarbeitergespräche und Zielvereinbarungen verbindlich implementiert wurden. Die im Zuge des Umsetzungskonzepts entwickelten Erklär-Videos sorgten für Transparenz und ein besseres Verständnis.

Auch in diesem Jahr stellte der Ausbau der familienbewussten Personalpolitik ein wichtiges Entwicklungsfeld dar. Mit dem Abschluss des zweiten Berichtsjahres, konnten wir abermals mit Erfolg nachweisen, dass wir die vereinbarten Maßnahmen des Audit berufundfamilie umsetzen konnten. Unsere Angebotspalette für Mitarbeitende hat sich vervielfacht und die Implementierung des Familienbewusstseins als Prüfkriterium hat sich gut etablieren können. Neben dem Ausbau des Betrieblichen Gesundheitsmanagements sowie der bewussten Nutzung der Zertifizierung des Landratsamtes als Alleinstellungsmerkmal gegenüber anderen Arbeitgebern, konnte sich das Landratsamt weiterhin erfolgreich strategisch auf dem Arbeitsmarkt positionieren. Im kommenden Jahr werden das dritte Berichtsjahr sowie der Re-Auditierungsprozess dieser Entwicklung weiteren Aufschub geben und unsere strategische Ausrichtung hin zu einem familien- und mitarbeiterfreundlichen Arbeitgeber erneut vorantreiben.

Die Entwicklung und Weiterbildung der Führungskräfte ist ein zentraler Erfolgsfaktor in der „Arbeitswelt Landratsamt“. Die Bewerberzahlen für unsere bewährten interkommunalen Entwicklungsprogramme übertrafen in diesem Jahr alle Erwartungen und zeugen so von einer optimalen Qualität dieses Angebotes. Weiterhin wurde für Führungskräfte und Führungsnachwuchskräfte das Inhouse-Angebot weiter professionalisiert. Die jährliche gemeinsame Fortbildung aller Führungskräfte wurde in diesem Jahr mit dem Schwerpunktthema Digitalisierung durchgeführt und war ein guter Auftakt für ein neues Jahr mit vielen Neuerungen und Veränderungen, die im Zuge der Verwaltungsdigitalisierung auf uns zukommen.

Die Themen und Anforderungen an einen attraktiven Arbeitgeber sind vielfältig – sie umfassen nicht nur die Gestaltung des individuellen Arbeitsplatzes und persönlichen Umfeldes. Zur Verbesserung der Zusammenarbeit wurden umfangreiche Teamentwicklungsmaßnahmen in den Fachbereichen und Sachgebieten durchgeführt. Um den Herausforderungen an die Arbeit 4.0 nachhaltig gerecht zu werden, sind alle relevanten Aktivitäten unter dem Dach der „Arbeitswelt Landratsamt“ gebündelt. So ist sichergestellt, dass Schritt für Schritt Synergien genutzt und Handlungsmöglichkeiten bis hin zur erfolgreichen Organisationsentwicklung umgesetzt werden können.

Strategischer Schwerpunkt

■ Wirkungsziel 2018 – PG 11.24

- Das Landratsamt bietet ein modernes kundenorientiertes Dienstleistungsangebot in bedarfsorientierten und attraktiven Räumlichkeiten.

In einer Sondersitzung des Kreistages im Januar 2018 wurde der Vergabe der Architekten und Fachplanerleistungen für den Bau eines zweiten Landratsamtsgebäudes zugestimmt.

Anschließend konnte mit den ersten drei Leistungsphasen nach HOAI begonnen werden. Die Leistungsphasen beinhalten die Grundlagenermittlung, die Vorplanung sowie die Entwurfsplanung. Alle drei Leistungsphasen konnten abgeschlossen werden und der vorgelegten Entwurfsplanung zugestimmt bzw. der Baubeschluss am 21.11.2018 durch den Kreistag gefasst werden.

Die Kosten des beschlossenen Entwurfs werden sich gemäß Kostenberechnung auf circa 31,87 Mio belaufen. Hintergrund für dieses Kostenvolumen ist, dass der durch Fallzahlensteigerung und Gesetzesänderungen verursachte Personalzuwachs der letzten beiden Jahre in die Planung bzw. Dimensionierung des Gebäudes einbezogen werden musste, weshalb das Flächenvolumen des Gebäudes um rund ein Drittel von ursprünglich 6.000 qm auf ca. 8.000 qm angestiegen ist. Das Gebäude, das das Sozial- und Jugenddezernat beherbergen wird, ist auf mindestens 280 Mitarbeitende ausgelegt und bietet für die Bürgerinnen und Bürger gute räumliche Bedingungen für eine bedarfsgerechte Beratung. Durch Bezug dieses Neubaus werden erhebliche Mietkosten eingespart werden können. Ein alternativer Vorschlag, der eine kleinere Tiefgarage vorgesehen hatte, wurde abgelehnt. Nach Eingang der Baugenehmigung wird mit einem Baubeginn im Oktober 2019 gerechnet.

Der Entwurfsplanung vorangegangen war der Grundstückskauf für den zweiten Standort. Die zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 1,8 Mio müssen dennoch in das Jahr 2019 übertragen werden. In dem Kaufvertrag mit der Stadt Lörrach wurde vereinbart, den Kaufpreis in voller Höhe 4 Wochen nach Anzeige des Baubeginns zu leisten.

Der Neubau des zweiten Landratsamtes wird voraussichtlich im Februar 2022 fertiggestellt sein. Bis dahin müssen Teile der Verwaltung in diversen Standorten in Lörrach untergebracht werden. Beispielsweise mussten weitere Räumlichkeiten im Objekt ‚Im Entenbad‘ angemietet werden, um dort das stark wachsende Sachgebiet Behindertenhilfe unterzubringen.

Strategischer Schwerpunkt

Der Landkreis stellt sich den gesellschaftlichen Auswirkungen und Herausforderungen des demographischen Wandels im Landkreis.

■ Wirkungsziel 2018 PG - 11.21

- Die für die Aufgabenerfüllung in qualitativer und quantitativer Sicht erforderliche personelle Ausstattung ist sichergestellt.

Bei diesem Wirkungsziel ist einerseits hinsichtlich der Betrachtung der Prozesse, die hinter einer planbaren Nachfolgebesetzung stehen und andererseits hinsichtlich der Rekrutierung von Fachkräften auf dem Arbeitsmarkt, zu unterscheiden. Priorisiert wird intern der Prozess der Nachfolgeplanung und der Berücksichtigung von eigenen Talenten aus dem eigenen Hause sowie die Qualifizierung von Führungskräften der Zukunft über das Führungskräftenachwuchsprogramm. Der erste Schritt für eine Nachfolgeplanung erfolgt über frühzeitige Information an die jeweiligen Bereiche bezüglich Stellen, die in absehbarer Zeit vakant werden (Renteneintritt, Zeitablauf befristete Verträge, auslaufende Abordnungen, usw.). Danach folgt das Verfahren der Stellenbesetzung beginnend mit der Abstimmung des Sachgebiets Organisation mit dem jeweiligen Bereich. Dort werden Rahmenbedingungen und Gegebenheiten geklärt und danach die Zustimmung durch die Stellenbesetzungskommission eingeholt, ehe in der Regel eine in- und externe Stellenausschreibung in enger Abstimmung mit dem Sachgebiet Personal erfolgt. Strukturierte Personalauswahlverfahren und Assessment-Center können aufgrund vorhandener Kompetenzen qualifiziert durchgeführt werden. Fast alle Stellen, die in 2018 planbar wieder zu besetzen waren, sind in dem beschriebenen Prozess bearbeitet worden. Dennoch konnten auch im abgelaufenen Kalenderjahr nicht alle Stellen besetzt werden. Auf einzelne Ausschreibungen sind in der Spitze mehr als 150 Bewerbungen eingegangen, während andere Stellen aufgrund der schlechten Bewerberlage oder nicht vorhandener Bewerberexpertise wiederum mehrfach ausgeschrieben werden mussten.

Die Summe der Personalauswahlverfahren war wie im Vorjahr vergleichsweise hoch und hat enorme Ressourcen im Personalmanagement gebunden. In der Spitze wurden bis zu 10 Verfahren in einer Woche gleichzeitig bearbeitet. Die hohe Bleibequote in den ersten 12 Monaten ist ein Indikator für eine erfolgreiche Personalauswahl. Die eingesetzten Methoden und Instrumente entsprechen denen eines modernen Arbeitgebers und orientieren sich an den erforderlichen Kompetenzen.

Strategischer Schwerpunkt

Das Landratsamt gestaltet die digitale Transformation seiner Dienstleistungen.

■ Wirkungsziel 2018 PG – 11.20

- Die kontinuierliche Digitalisierung (E-Government Lösungen) kommt den Bürgerinnen und Bürgern, den Unternehmen sowie den Mitarbeitenden zu Gute.

Im Jahr 2018 wurden für die kontinuierliche Digitalisierung wichtige Grundsteine gelegt. Mit Beginn des Jahres wurde ein Steuerungskreis IT/E-Government als Entscheidungsgremium für Themen der Digitalisierung auf Ebene der Verwaltungsspitze implementiert. Das Gremium hat eine Kompassfunktion inne, es setzt Leitplanken, wägt Konsequenzen ab und trifft richtungsweisende Entscheidungen für das Landratsamt. Eine dieser Entscheidungen, welche bereits vom Kreistag mitgetragen wurde, ist die Anschaffung einer Gesamthauslizenz für das Dokumentenmanagementsystem (DMS) „enaio“ von der Firma „Optimal Systems“. Ein flächendeckendes DMS bildet die Grundlage für alle weiteren Digitalisierungsmaßnahmen im Landratsamt und stellt eine zukunftsfähige Aktenstruktur und -ablage von digitalem Schriftgut sicher. Die sukzessive bereichsweise Einführung des DMS wurde 2018 im Sachgebiet (SG) Soziale Entschädigung & Schwerbehinderung gestartet. Neben diesem Pilotbereich wurde im SG Personal die Einführung der elektronischen Personalakte vorbereitet sowie im SG Organisation damit begonnen, die grundlegende digitale Ablage von Schriftgut ohne Verbindung zu Fachverfahren zu entwickeln. Zur weiteren Planung der hausweiten DMS-Einführung wurde ein (Akten-)Screening im Dezernat V durchgeführt und entsprechend die Einführung für das Jahr 2019 geplant.

Zur Digitalisierung von bestehendem Schriftgut wurde im Herbst 2018 ein internes Scanzentrum eingerichtet, organisatorisch angegliedert an das SG Kultur & Archiv. Analog zur DMS-Einführung, wurde mit der Verscannung der Bestandsakten des SG Soziale Entschädigung & Schwerbehinderung begonnen. Langfristig wird es im Laufe des Digitalisierungsprozesses erforderlich sein, Akten auch von externen Anbietern digitalisieren zu lassen. Die Parallelität sowohl interner als auch externer Scanstrategien ermöglicht maximale Flexibilität in der Organisation der jeweiligen Scanprozesse.

Neben diesen auf die interne Zusammenarbeit fokussierten Digitalisierungsmaßnahmen wurde die Entwicklung weiterer Online-Services für Bürgerinnen und Bürger vorbereitet sowie bestehende Online-Dienstleistungsangebote auf der Homepage des LRA gebündelt dargestellt. Beispielsweise beteiligt sich das Landratsamt seit 2018 an der Entwicklung von Online-Prozessen über die landesweite Plattform „service-bw“. Als nächstes großes Projekt ist die Digitalisierung unserer Baurechtsbehörde angedacht, wodurch es möglich werden soll, Bauantragsverfahren komplett digital einzureichen bzw. zu bearbeiten.

Strategischer Schwerpunkt

Der Landkreis fördert eine bedarfsgerechte und moderne ambulante und stationäre medizinische Versorgung und Pflege im urbanen und ländlichen Raum.

■ Wirkungsziel 2018 PG – 41.10

- Das gute und regional ausgeglichene medizinische Versorgungsangebot im Landkreis ist auch zukünftig gesichert.

Mit dem einstimmigen „Ja“ zur Medizinkonzeption „Lörracher Weg 2.0“ hat der Kreistag in seiner Sitzung vom 19. Oktober 2016 eine historische Weiche gestellt und den Weg für ein neues Zentralklinikum unter der Einbindung des Elisabethen-Krankenhauses und des ZfP Emmendingen geebnet. Ein zentrales Haus, das vier Klinikstandorte in sich vereint und zusätzlich um die im Kreis bisher quasi nicht existente wohnortnahe psychiatrische Grundversorgung mit bis zu 120 Betten bereichert ist, ist aus medizinischer und betriebswirtschaftlicher Sicht ein Quantensprung.

Bis 2025 soll das Zentralklinikum für den Landkreis Lörrach gebaut werden. Entscheidend für die erfolgreiche Umsetzung des Bauprojektes ist die sach- und zeitgerechte Umsetzung der geplanten Meilensteine bzw. Einhaltung des ZKL-Projektplans. Rückblickend auf das Jahr 2018 lässt sich feststellen, dass die gesetzten Projektziele erfreulicherweise alle erreicht wurden.

Die wesentliche Meilensteine waren u.a.: die Beauftragung der Begleitenden Kontrolle, die Durchführung des mehrstufigen Planungswettbewerb und Vergabe des Planungsauftrages sowie der Abschluss des Grundstückskaufvertrages mit der Stadt Lörrach.

Die mit Abstand wichtigste Entscheidung des Jahres war die Auswahl des Generalplaners (Juli 2018). Um eine bestmögliche Lösung für die Versorgung der Patienten zu finden, hatte man ein mehrstufiges Vergabeverfahren gewählt. Aus diesem mehrstufigen Wettbewerbsverfahren ging die Ludwigshafener a|sh sander.hofrichter architekten GmbH im Sommer 2018 letztendlich als Gesamtsieger hervor.

Der Entwurf der a|sh sander.hofrichter architekten GmbH zeichnet sich unter anderem durch eine sehr gute Strukturierung und Beruhigung der Verkehrs-, Patienten-, Besucher- und Mitarbeiterströme aus. In der ersten Bauphase sehen die Pläne für das Zentralklinikum einen zweigeschossigen sogenannten „Breitfuß“ als Sockel vor, in dem alle zentralen Funktionen der Ambulanzen um die Empfangshalle gruppiert sind. Darüber finden sich, ähnlich Kleeblättern angeordnet, zunächst drei jeweils dreigeschossige Bauten für die Pflegestationen. Zu einem späteren Zeitpunkt kann ein viertes „Kleeblatt“ hinzukommen. Die Pflegebauten öffnen sich zur Landschaft und ermöglichen den Patienten attraktive Ausblicke in die Umgebung. Das Zentrum für seelische Gesundheit erhält einen eigenständigen, erweiterungsfähigen Baukörper mit unmittelbarem Bezug zum Zentralklinikum. Die Rettungswache, ein Parkhaus, ein Ärztehaus, das Logistikzentrum und weitere Flächen für tertiäre Nutzungen, wie etwa ein Gesundheitskaufhaus, Rehaeinrichtungen oder ähnliches, ordnen sich um die zentralen Bauten – immer dem Grundsatz der logischen Strukturen folgend.

Bis zum Sommer 2019 steht die Weiterentwicklung der Entwürfe auf der Agenda. Dabei geht es unter anderem um die Gestaltung des Logistikzentrums, weitere Optimierungen der OP-Bereiche und der Pflegestationen, die Abstimmung mit dem Sozialministerium und den Genehmigungsbehörden sowie den Nutzern aus den Kliniken. Seitens der Stadt Lörrach werden die Rahmenbedingungen (wie z. Bsp. die Erstellung des Bebauungsplanes bis zum Frühjahr 2019 und die Verlegung der L 138 bis zum Sommer 2020) geschaffen, damit im Juli 2019 die HU-Bau (incl. Kostenberechnung) beim SozM und der Bauantrag bei der Stadt Lörrach eingereicht und ein Jahr später mit dem Bau begonnen werden kann.

Strategischer Schwerpunkt

Der Landkreis senkt die kreisweiten Treibhausgasemissionen, wirkt auf Energiesparen und eine effizientere Energienutzung hin und fördert den Einsatz regenerativer Energien.

■ Wirkungsziele 2018 - PG 11.24

- Die Energieeffizienz ist erhöht und der Anteil an erneuerbaren Energien (Wärme und Strom) gesteigert im Sektor kreiseigene Gebäude.

Der Anteil an regenerativen Energien konnte im Jahr 2018 wieder gesteigert werden. Der Landkreis konnte die Anforderungen des European Energy Awards weiterhin standhalten. In den kommenden Jahren stehen in diesem Sektor weitere große Investitionen an, um den bereits hohen Standard weiterhin auszubauen und in dem Bereich eine Vorbildfunktion zu übernehmen.

Energieausweise der kreiseigenen Gebäude wurden im Jahr 2018 für alle ersichtlich in den kreiseigenen Gebäuden aufgehängt. Dies war Bestandteil des Maßnahmenkataloges, der dem Klimaschutzkonzept des Landkreises zu Grunde liegt. Zusammen mit der Energieagentur GmbH wurde das Klimaschutzkonzept erstellt und ständig weiterentwickelt und angepasst. Die hoch gesteckten Ziele sind dabei fest in der Landkreisstrategie verankert.

■ Wirkungsziel 2018 - PG 11.26

- Die Potentiale für Energieeffizienz und Klimaschutz aus der Beschaffungspraxis und dem Nutzerverhalten von Mitarbeiter/-innen werden ermittelt und genutzt.

Im Rahmen unserer Vergaben im Bereich Einkauf, Fuhrpark und Post werden die nachhaltigen Aspekte bei der Beschaffung von Büromaterialien, Arbeitsplatzausstattungen oder auch Fahrzeugen streng berücksichtigt. Durch Informationsveranstaltungen, wie die der Kompetenzstelle des Bundesinnenministeriums für nachhaltige Beschaffung, werden unsere Kolleginnen und Kollegen dahingehend sensibilisiert und weitergebildet.

Für 2019 ist innerhalb des Fachbereichs Personal & Organisation zur Vergabe und Beschaffung ein einheitlicher Leitfaden mit gemeinsamen Standards vorgesehen. Im Fuhrparkmanagement stellen wir mit unserer dienstlich ausgelösten Mobilität eine Vorbildfunktion dar. Im Rahmen der umzusetzenden Maßnahmen aus dem Fuhrparkkonzept wurde zur Optimierung des Fuhrparks im Landratsamt Lörrach eine Umfrage zur dienstlichen Mobilität erarbeitet. Dem Fachbereich ist es ein Anliegen, alle Bereiche in diesen Prozess mit einzubinden, um einen nachhaltigen, klimaschonenden Fuhrpark als gemeinsames Ziel gemäß unserer Strategie abbilden zu können. Bereits für das Haushaltsjahr 2019 werden weitere drei konventionell betriebene Fuhrparkfahrzeuge durch rein elektrisch betriebene Fahrzeuge ersetzt. Zudem wird in 2019 mit weiteren Informationsveranstaltungen zur E-Mobilität und der Organisation von ECO-Drive Schulungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz und zum EEA geleistet.

■ Wirkungsziel 2018 - PG 11.30

- Die interessierte Öffentlichkeit ist über energie- und klimapolitische Themen informiert.

Die interessierte Öffentlichkeit wurde über die Aufgaben und strategische Ziele des Landkreises regelmäßig informiert.

Strategischer Schwerpunkt

Im Landkreis besteht ein zukunftsorientiertes und umweltschonendes ÖPNV-Angebot.

■ Wirkungsziel 2018 PG – 51.20

- Das grenzübergreifende Mobilitäts-Angebot im Trinationalen Eurodistrict Basel (TEB) ist qualitativ optimiert und wird kontinuierlich benutzerorientiert weiterentwickelt.

Mit dem realisierten grenzüberschreitenden Einzelticket, welches nun im TNW und im RVL erworben werden kann, wurde ein großer Baustein realisiert. Trotz einer vielversprechenden Vorstudie konnte das angedachte trinationale Mobilitätsportal aufgrund der fehlenden Bereitschaft zur Mitwirkung einiger Verkehrsakteure und politischer Lead-Akteure in der Region nicht realisiert werden. Stattdessen wird eine Verlinkung der Verkehrsanbieter auf der bestehenden Homepage des Trinationalen Eurodistricts Basel eingerichtet werden, so dass die Fahrgäste die grenzüberschreitenden Informationen wenigstens einfacher erhalten können. Die Umsetzung soll kurzfristig in 2019 erfolgen. Eine multimodale, grenzüberschreitende Routenplanung wird aber als Ziel im TEB aufgegeben.

Bezüglich der grenzüberschreitenden Busverbindung nach Frankreich konnten im Jahr 2019 Fortschritte gemacht werden. Es ist eine Arbeitsgruppe beim TEB mit Vertretern der Städte Lörrach, Weil am Rhein und der Saint-Louis Agglomeration eingerichtet worden und arbeitet intensiv an dem Projekt. Eine Streckenführung, Fahrplanentwürfe und Förderanträge sind in Vorbereitung. In 2019 soll der Projektzeitplan nebst Budget und Förderanträgen belastbar stehen. In 2020 sollen die Ausschreibung durchgeführt und die Förderbewilligungen und Liniengenehmigungen eingeholt werden. Für das 2. Halbjahr 2020 ist der Betriebsstart vorgesehen. Die Einhaltung dieses Fahrplans hängt von der Mitwirkungsbereitschaft der Fördermittelgeber und weiterer Mitwirkender ab. Abklärungen zur Tarifausgestaltung müssen noch erfolgen.

Strategischer Schwerpunkt

Der Landkreis fördert und stärkt Dienstleistung, Handwerk, Handel, Gewerbe und Industrie durch aktive Wirtschaftsförderung. Er verbessert die Außenwahrnehmungen der Region durch sein Standortmarketing und unterstützt die Fachkräftewerbung.

■ Wirkungsziel 2018 PG – 51.20

- Der Landkreis setzt sich kreis- und grenzübergreifend für zukunftsfähige und nachhaltige Strukturen mit dem Ziel der Verbesserung der Lebensbedingungen im Trinationalen Eurodistrict Basel (TEB) ein.

Um die Basler Rheininsel herum wächst ein in Europa einzigartiger Stadtteil über drei Ländergrenzen hinweg zu einem nachhaltigen Wohn- und Geschäftsquartier mit hoher Lebensqualität zusammen. In diesem grenzüberschreitenden Stadtteil werden gemeinsame hochwertige Standards für die Entwicklung der einzelnen Parzellen erarbeitet und ein einheitliches Gesamtkonzept soll Siedlung, Gewerbe, Verkehr und Grünräume ideal miteinander in Einklang setzen. Einzelne Detailplanungen konnten und werden in Unterprojekten weiterentwickelt werden (z.B. Vis-a-vis).

Die Verkehrsstudie für das Areal wurde abgeschlossen, ebenso liegt die Studie für die Brücken vor. Eine weitere Ausschreibung für die nächste Planungsphase musste wegen zu hoher Kostensteigerungen aufgehoben werden und eine Ausschreibung ist erneut für Mitte 2019 vorgesehen.

Im Rahmen der IBA konnten in den letzten 10 Jahren gute Ergebnisse insbesondere in den Projekten „Aktive Bahnhöfe“, „Rheinliebe“, „Elektrifizierung der Hochrheintrasse“ und „3Land“ erreicht werden. In den Jahren 2019 und 2020 werden die Ergebnisse in einer Abschlussveranstaltung präsentiert.

Weitere Aufgabenschwerpunkte 2018

Digitalisierung der Verwaltung

Die Digitalisierung der Verwaltung (siehe auch Ausführungen zum strategischen Handlungsschwerpunkt „Das LRA gestaltet die digitale Transformation seiner Dienstleistungen“) ist aktuell und für die nächsten Jahre eines der wichtigsten Themen, denen sich die Verwaltung widmet. Vordergründig geht es natürlich zunächst darum, interne Verwaltungsprozesse noch effizienter zu gestalten und es der Bürgerschaft und den Unternehmen zu ermöglichen, Dienstleistungen digital in Anspruch zu nehmen (E-Government bzw. sogenannte online-Services). Die Gestaltung dieses Umstellungsprozesses ist gleichermaßen herausfordernd wie chancenreich. Hinzu kommt allerdings auch der Aspekt, dass die zunehmende Digitalisierung der Verwaltung zahlreiche Anpassungserfordernisse mit sich bringt, die gut gestaltet sein wollen. Die Digitalisierung wird sich auf nahezu alle Rahmenbedingungen der ‚Arbeitswelt Landratsamt‘ auswirken. So werden sich nicht nur das Führungsverständnis bzw. die Anforderungen an Führung stark wandeln; auch Aspekte wie Personal(weiter)entwicklung, technische Rahmenbedingungen oder auch Raumkonzepte werden sich wandeln. Dies galt es auch schon bei der Planung des Baus eines zweiten Landratsamt-Standortes zu berücksichtigen. Beispielsweise wird die Einführung der e-Akte das mobile Arbeiten wesentlich erleichtern, was höhere Anforderungen an die technische Infrastruktur, aber auch an das Führungsverständnis stellt und somit die Regeln des Zusammenarbeitens verändern wird.

Aber auch jenseits der Verwaltungsdigitalisierung wird sich die Digitalisierung auf viele Themenbereiche auswirken. Nur als eines von vielen Beispielen seien veränderte Anforderungen an den Landkreis in seiner Rolle als Schulträger genannt. Über die Gestaltung dieser Veränderungsprozesse hat sich die Verwaltung 2018 erste Gedanken gemacht, die künftig noch vertieft werden müssen.

Umsetzung des Förderprogramms für die Sanierung von Schulen

Bund und Land haben ein zeitlich befristetes Förderprogramm für die Sanierung von Schulen aufgelegt. Gefördert werden können Schulsanierungsmaßnahmen, die nicht bereits durch andere Förderprogramme mitfinanziert werden können. Erfreulicherweise haben die sechs nachfolgend genannten Schulsanierungsprojekte des Landkreises eine Förderzusage bekommen:

Förderzusagen im Jahr 2018:

- GWS Lörrach: Sanierung der sanitären Anlagen im Gebäudeteil D (Kostenrahmen: 308.000 EUR, davon 108.000 EUR Förderung)
- Kaufm. Schulen und Mathilde-Planck-Schule: Brandschutzmaßnahmen (Austausch Böden und Türen) im Gebäudeteil B und C (Kostenrahmen: 595.000 EUR, davon 196.000 EUR Förderung)
- GWS Rheinfelden: Brandschutzmaßnahmen (F90-Decken), Erneuerung Beleuchtung und Bodenbeläge (Kostenrahmen: 1.411.300 EUR, davon 635.000 EUR Förderung)
- GWS Schopfheim: Dachabdichtungsarbeiten, Fassadenbauarbeiten, Austausch Fenster, Sonnenschutz, Brandschutz (Kostenrahmen: 1.911.235 EUR, davon 859.000 EUR Förderung)

Förderzusagen im Jahr 2019:

- Helen-Keller-Schule Maulburg: Dachsanierung (Kostenrahmen: 1.495.000 EUR, davon 1.168.000 EUR Förderung)
- GWS Lörrach: Dachsanierung Gebäude A (Kostenrahmen: 654.000 EUR, davon 229.000 EUR Förderung)

Weitere Aufgabenschwerpunkte 2018

Gesamthaft wird der Landkreis somit rund 3,2 Mio. € Förderung erhalten, um damit ein Sanierungspaket in Höhe von rund 6,4 Mio. € umzusetzen. Bedingung für die Auszahlung der Fördermittel ist es, dass ein Jahr nach Erhalt des Förderbescheides mit der jeweiligen Baumaßnahme begonnen worden ist.

Chancengleichheitsplan

Laut Chancengleichheitsgesetz gehört es zu den Aufgaben der Kommunen, den Verfassungsauftrag der Gleichberechtigung von Frauen und Männern nach Art 3 Abs 2 Grundgesetz zu erfüllen. Gleichzeitig gilt es für die Gemeinden sowie Stadt- und Landkreise, auf die Chancengleichheit und Gleichberechtigung von Frauen in allen kommunalen Bereichen, insbesondere in Beruf, öffentlichem Leben, Bildung und Ausbildung, Familie sowie in den Bereichen der sozialen Sicherheit hinzuwirken. Der Aufstellung des Chancengleichheitsplans nach § 27 Abs 1 ChancenG hat sich der Landkreis Lörrach angenommen.

Der Chancengleichheitsplan ist ein Instrument zur strategischen Zielbestimmung und Planung im Aufgabenbereich Chancengleichheit von Frauen und Männern. Zusammen mit der Verwaltungsspitze und den Führungskräften wurden Ziele und Maßnahmen erarbeitet, um die festgestellten Unterrepräsentanzen von Frauen und Männern abzubauen.

Erläuterungen zur Teilergebnisrechnung 2018

PG THH 1	PLAN 2018	IST 2018	Abw eichung 2018	Erläuterung
11.10	-735.851	-741.387	-5.535	höhere Personalaufw endungen
11.11	-167.097	-168.291	-1.194	
11.12	-840.918	-810.165	30.753	Geringere Personalaufw endungen
11.14	-665.795	-633.500	32.295	Höhere Erstattungen für Gleichstellungsbeauftragte
11.20	-2.766.225	-2.906.380	-140.154	Erhöhte Personalaufw endungen
11.21	-3.488.436	-3.499.666	-11.231	Leicht erhöhte Personalaufw endungen
11.22	-1.948.644	-1.902.393	46.252	Einsparungen bei externen DL (Steuerberatung, MIS-Berichte, GV-Kosten), Minderaufw endungen bei Fortbildung und Ausstattung, Einführungskosten e-Rechnung fallen z.T. erst in 2019 an.
11.24	-12.947.210	-13.507.156	-559.946	Höhere Instandhaltungen, insbesondere an Schulen (Nutzung von übertragenen Mitteln)
11.25	-136.973	-99.128	37.846	Geringere Wartungsaufw endungen
11.26	-1.752.855	-1.782.081	-29.226	Die Personalmehraufw endungen sind im Rahmen der Schriftgutdigitalisierung angefallen. Zum Planungszeitpunkt w ar noch nicht absehbar, w elches Personal aus w elchem Bereich abgeordnet w erden soll. Die Mehraufw endungen in der Produktgruppe 11.26 führten daher in anderen Bereichen zu Minderaufw endungen.
11.30	-163.724	-190.564	-26.841	Aufw endungen neues Intranet und höhere Personalaufw endungen
11.33	-3.920	-3.718	202	
41.10	-283.356	-299.823	-16.467	
51.20	-424.876	-528.117	-103.241	Geringere Erstattungen in 2018 als geplant
53.70	917.377	945.932	28.555	Höhere VKB-Erstattungen
61.10	152.426.600	157.183.336	4.756.736	Mehrerträge Grunderw erbsteuer (2,4 Mio. EUR), Mehrerträge Schlüsselzuw eisungen (1 Mio. EUR), Mehrerträge Kreisumlage (0,8 Mio. EUR), Mehrerträge Zuw eisungen je Einw ohner (0,5 Mio. EUR)
61.20	-6.000	-569.059	-563.059	Das Ergebnis aus Zinserträgen und -aufw endungen ist im Plan (+1.949 EUR). Die Wertberichtigungen fallen in diesem Jahr mit rd. - 565 TEUR belastend aus.
gesamt	127.012.095	130.487.839	3.475.744	

Weiterführende Erläuterungen

Die Ergebnisverbesserung im THH 1 beträgt rd. 3,475 Mio. EUR und setzt sich trotz Personalmehraufwendungen von rd. 407.000 EUR (verursacht durch die Aufteilung der pauschal mit 1,5 Mio. EUR angeregten Personalkostenentnahme bei der Haushaltsaufstellung. Über alle THH gesehen konnte das Personalbudget jedoch eingehalten werden) und Mehraufwendungen in der Bauunterhaltung für die Schulentwicklung (unter nahezu vollständiger Nutzung der Überträge aus 2017) im Wesentlichen wie folgt zusammen:

- 61.10 Steuern, allgemeine Zuweisungen, Umlagen: Mehrerträge von 4.692.266 EUR

Die Schlüsselzuweisungen nach § 8 FAG brachten mit leicht erhöhten Einwohnerzahlen bei einem auf Basis der Mai-Steuerschätzung erhöhten Kopfbetrag von 697 EUR (Plan 691 EUR) bei einer Ausschüttungsquote von 71,3 % Verbesserungen in Höhe von 960.076 EUR. Hinzu kamen geringfügige Nachzahlungen für die Jahre 2016 und 2017 in Höhe von insgesamt rund 45.112 EUR.

Bei der Grunderwerbsteuer wurden gegenüber dem Planansatz 2018 in Höhe von 15.628.500 EUR Mehrerträge von rund 2,44 Mio. EUR erzielt. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Grunderwerbsteuereinnahmen damit von 14.118.340 EUR auf 18.069.188 EUR angestiegen. Hintergrund ist die Notariatsreform zum 01.01.2018, aufgrund derer viele Geschäfte ins Jahr 2018 verlagert wurden, sodass die Grunderwerbsteuer im vierten Quartal 2017 niedriger und im ersten Quartal 2018 höher ausfiel.

Mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2018/19 wurde am 15. Dezember 2017 eine Erhöhung der Einwohnerzuweisungen nach § 11 Abs. 1 FAG beschlossen, womit eine teilweise Abgeltung des Verwaltungsmehraufwandes der unteren Verwaltungsbehörden für die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes erzielt werden sollte. Dies führte zu einer Steigerung um rd. 513.900 EUR.

Die Kreisumlage 2018 fiel aufgrund eines Anstieges der Steuerkraftsummen, welche erst nach Haushaltsbeschluss bekannt wurde, um rund 799.700 EUR höher aus.

- 61.20 sonstige Finanzwirtschaft: Belastungen in Höhe von – 563.059 EUR

In dieser Produktgruppe werden die Wertberichtigungen auf Forderungen abgebildet. Aus den im Rahmen des Jahresabschlusses 2018 erfolgten Einzel- und Pauschalwertberichtigungen auf Forderungen ergibt sich eine Ergebnisverschlechterung in Höhe von rd. – 565.000 EUR für das Rechnungsjahr 2018 gegenüber einer Ergebnisverbesserung um 134.200 EUR im Vorjahr.

Dies ist insb. durch die deutlich höheren Wertberichtigungen auf Forderungen begründet; hier wurde bereits in den vergangenen Jahren darauf hingewiesen, dass auch eine Belastung für das Rechnungsergebnis eintreten kann. Hintergrund ist insb. die gesetzliche Änderung im Bereich Unterhaltsvorschusszahlungen, die zu einem deutlich erhöhten Forderungsvolumen geführt hat.

Aufgrund der über weite Zeiträume des Jahres 2018 guten Liquidität konnten in 2018 die geplanten Zinsaufwendungen für Kassenkredite in Höhe von 15.900 EUR eingespart werden. Hingegen konnten trotz anhaltender Niedrigzinsphase um rd. 34.100 EUR höhere Zinserträge erwirtschaftet werden. Zudem konnten Darlehenszinsen eingespart werden, da die geplanten Kreditaufnahmen (insb. für die Aufstockung der Kapitalrücklage der Kliniken GmbH) noch nicht erforderlich wurden.

Die erwirtschafteten Zinserträge bzw. eingesparten Zinsaufwendungen für Darlehen und Kassenkredite wurden zum Abschluss von Bausparverträgen als Zinssicherungsinstrument für zukünftige Darlehensaufnahmen verwendet.

Investitionen 2018

PG	Bezeichnung der Investitionsmaßnahme	zeitliche Umsetzung	Gesamt-betrag	bis 2017 finanziert	Ermächti-gungsübertra-gungen aus Vorjahr	2018 PLAN	2018 IST	Ermächti-gungsübertra-gungen ins Folgejahr	Finanzpl. Jahre 2019-2021
			- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -	- in EUR -
11.24	Grunderwerb Landratsamt 2. Standort	2017	-1.800.000		-1.800.000		-11.618	-1.788.300	
	Aktiverte Eigenleistung		-402						
11.24	Baumaßnahme Landratsamt 2. Standort	2016-2021	-31.873.100		-400.000	-3.000.000	-504.319	-2.495.600	-28.873.100
	Aktiverte Eigenleistung		-66.925						
11.24	GWS Lörrach Aufhebung Parallelstruktur - Schulentwicklung -	2016-2018	-200.000		-200.000				
11.24	Umnutzung der Sporthalle der GWS Schopfheim	2016-2018	-500.000	-237.363	-260.000		-91.478	-168.500	
	Aktiverte Eigenleistung		-36.573						
11.24	GWS Rheinfelden Modernisierung Chemie - Schulentwicklung -	2016-2018	-140.000	-271.986			-63.867		
	Aktiverte Eigenleistung		-45.433						
11.24	GWS Rheinfelden Naturwissenschaftliche Arbeitsräume -Schulentwicklung	2017-2018	-100.000		-100.000		0		
11.24	GWS Rheinfelden Neubau Kfz.-Werkstatt -Schulentwicklung	2017-2021	-6.900.000	-17.051	-480.000		-132.101	-347.900	-6.403.000
	Aktiverte Eigenleistung		-87.553						
11.24	GWS Rheinfelden - Blockheizkraftwerk	2017	-140.000		-140.000			-140.000	
11.24	Neubau von Lagern an der GWS Schopfheim	2018	-80.000			-80.000			
11.24	Aufzug Kaufm. Schule, MPS u. KMZ Lörrach	2017-2018	-200.000	-84.576	-114.000		-98.834		
	Aktiverte Eigenleistung		-5.729						
11.24	Aufzüge GWS Lörrach	2018	-230.000			-230.000		-230.000	
11.24	Trafostation BSZ Schopfheim	2018					-74.860		
	Aktiverte Eigenleistung		2.100						
41.10	Einzahlung in die Kapitalrücklage der Kliniken GmbH	2018	-8.600.000			-8.600.000	-8.600.000		
XX.XX	Bewegliches Anlagevermögen u. sonst. Baumaßnahmen	fortlaufend				-101.100	-130.301	-27.500	
Saldo aus Investitionstätigkeit			-51.003.615	-610.976	-3.494.000	-12.011.100	-9.707.378	-5.197.800	-35.276.100

Erläuterungen zu den Investitionen 2018

Der Landkreis Lörrach konnte das Grundstück für den zweiten Standort auf dem Weberei Conrad Areal nach längeren Vertragsverhandlungen mit der Stadt Lörrach erwerben. Die Kaufpreiszahlung wird erst nach Anzeige des Baubeginns fällig, daher müssen die bereit gestellten Mittel in das Jahr 2019 übertragen werden.

Baubeginn des zweiten Standortes wird voraussichtlich Oktober 2019 sein. Die bisherigen Ausgaben betreffen Planungsleistungen und diverse Gutachten. Die Gesamtkosten des Projekts werden sich voraussichtlich auf 31,87 Mio. Euro belaufen. Von den veranschlagten Mitteln 2018 wurden Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 2,495 Mio. EUR auf 2019 übertragen.

In den Schulen des Landkreises stehen ebenfalls große Investitionen an. Neben dem Neubau der KFZ-Werkstätten an der Gewerbeschule in Rheinfelden, werden im Zuge der Regionalen Schulentwicklung verschiedene Investitionen am Berufsschulzentrum Schopfheim getätigt. Die umfangreichen Umbaumaßnahmen im Bestandsgebäude der Gewerbeschule Rheinfelden haben die Verzögerungen im Bereich der KFZ-Werkstätten verursacht, daher muss ein Großteil der zur Verfügung gestellten Mittel in das Jahr 2019 verschoben werden.

Der Landkreis Lörrach plant auch im Bereich Inklusion weitere Investitionen. Der Aufzug für die Gewerbeschule in Lörrach konnte aus zeitlichen Gründen und diverser Umbaumaßnahmen in der Schule nicht in 2018 umgesetzt werden.

Im energetischen Bereich soll an der Gewerbeschule Rheinfelden ein Blockheizkraftwerk gebaut werden. Die Ausschreibungen hierfür konnten im Jahr 2018 aufgrund verschiedener Personalausfällen nicht umgesetzt werden. Die Mittel von 140.000 Euro werden ins das kommende Haushaltsjahr übertragen, der Einbau soll nach Möglichkeit in 2019 erfolgen.

- Einzahlung in die Kapitalrücklage der Kliniken GmbH

Um die Kreiskliniken bei der Finanzierung des Zentralklinikum-Neubaus zu unterstützen, hatte der Kreistag im Frühjahr 2017 eine Aufstockung der Kapitalrücklage der Kliniken um 8,6 Mio. EUR beschlossen. Ziel der Maßnahme war, die Mindestliquiditätsreserve der GmbH in ihrer Höhe so auszugestalten, dass sowohl Risiken in der Planungs- und Bauphase, als auch die Risiken aus dem Worst-Case Szenario (insbes. zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme) in ausreichendem Maße abgedeckt werden können. Zur Refinanzierung dieser Finanzmittel sind in den Jahren 2018 - 2027 Erträge aus Kreisumlage in Höhe von jeweils 860.000 EUR p.a. zu veranschlagen.

Teilergebnisrechnung

lfd. Nr.	Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2017	PLAN 2018	IST 2018	Vergleich PLAN / IST 2018	Zulässiger Mehraufw. 2018	Ermächtigungen aus 2017	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2018	übertragene Ermächt. nach 2019
		1	2	3	4	5	6	7	8
2	+ Umlagen, Zuweisungen und Zuschüsse	152.935.718,52	163.643.400	168.244.144,42	4.600.744,42	519.008,66	0	4.081.735,76-	0
3	+ Aufgelöste Investitionszuwendungen	91.855,75	93.500	93.599,58	99,58	0	0	99,58-	0
5	+ Öffentlich-rechtliche Entgelte	132.411,29	140.600	139.739,47	860,53-	0	0	860,53	0
6	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	465.468,48	383.900	394.673,24	10.773,24	0	0	10.773,24-	0
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.261.154,29	1.249.293	1.399.714,92	150.422,00	0	0	150.422,00-	0
8	+ Zinsen und ähnliche Erträge	67.688,04	22.000	52.726,82	30.726,82	0	0	30.726,82-	0
9	+ Aktivierte Eigenleistungen	149.203,76	0	79.164,93	79.164,93	0	0	79.164,93-	0
10	+ Sonstige ordentliche Erträge	407.758,11	55.000	418.122,70	363.122,70	148.348,35	0	214.774,35-	0
11	- Ordentliche Erträge	155.511.258,24	165.587.693	170.821.886,08	5.234.193,16	667.357,01	0	4.566.836,15-	0
12	- Personalaufwendungen	11.760.060,35-	12.361.126-	12.768.466,62-	407.340,64-	113.851,00-	0	293.489,64	0
14	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	8.828.610,49-	11.199.399-	11.793.254,99-	593.855,95-	83.743,04-	996.900,00-	486.787,09-	286.500,00-
15	- Abschreibungen	1.945.857,75-	1.729.165-	2.636.207,72-	907.042,84-	123.582,59-	0	783.460,25	0
16	- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	49.556,04-	158.200-	104.030,83-	54.169,17	0	0	54.169,17-	0
17	- Transferaufwendungen	10.361.554,83-	11.526.200-	11.507.856,06-	18.343,94	0	66.600,00-	84.943,94-	15.000,00-
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.158.851,70-	1.601.508-	1.524.230,65-	77.277,03	19.883,67-	109.200,00-	206.360,70-	129.350,00-
19	- Ordentliche Aufwendungen	34.104.491,16-	38.575.598-	40.334.046,87-	1.758.449,29-	341.060,30-	1.172.700,00-	244.688,99	330.850,00-
20	- Ordentliches Ergebnis	121.406.767,08	127.012.095	130.487.839,21	3.475.743,87	326.296,71	1.172.700,00-	4.322.147,16-	330.850,00-
40	+ Erträge aus internen Leistungen	23.798.405,29	27.657.559	28.305.447,24	647.888,21	0	0	647.888,21-	0
51	- Aufwand für Mitwirkungsleistungen	18.085,49-	16.716-	19.532,43-	2.815,99-	0	0	2.815,99	0
52	- Aufwand für Serviceleistungen	1.548.020,44-	1.911.664-	1.820.587,99-	91.075,56	0	0	91.075,56-	0
53	- Aufwand für Miete (intern)	722.218,74-	749.386-	771.376,67-	21.991,06-	0	0	21.991,06	0
54	- Aufwand für IuK	349.058,06-	379.405-	387.623,66-	8.218,23-	0	0	8.218,23	0
55	- Aufwand für Steuerung/-unterstützung	33.853,65-	39.690-	42.502,62-	2.812,30-	0	0	2.812,30	0
60	- Kalkulatorische Kosten	179.090,81-	129.870-	178.575,02-	48.704,66-	0	0	48.704,66	0
70	- Kalkulatorisches Ergebnis	20.948.078,10	24.430.827	25.085.248,85	654.421,53	0	0	654.421,53-	0
90	- Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	142.354.845,18	151.442.923	155.573.088,06	4.130.165,40	326.296,71	1.172.700,00-	4.976.568,69-	330.850,00-

Teilfinanzrechnung

lfd. Nr.	Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2017	PLAN 2018	IST 2018	Vergleich PLAN / IST 2018	Zulässige Mehrausz. 2018	Ermächti- gungen aus 2017	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2018	übertragene Ermächt. nach 2019
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	+ Einzahlungen der Ergebnisrechnung	155.059.360,02	165.494.193	170.273.277,86	4.779.084,94	538.436,31	0	4.240.648,63-	0
2	- Auszahlungen der Ergebnisrechnung	32.068.188,33-	36.824.611-	37.606.507,89-	781.896,79-	217.477,71-	1.172.700,00-	608.280,92-	430.850,00-
3	- Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf der Ergebnisrechnung	122.991.171,69	128.669.582	132.666.769,97	3.997.188,15	320.958,60	1.172.700,00-	4.848.929,55-	330.850,00-
6	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	4.000,00	0	0	0	0	0	0	0
9	- Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	4.000,00	0	0	0	0	0	0	0
10	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	11.617,97-	11.617,97-	0	1.800.000,00-	1.788.382,03-	1.788.300,00-
11	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	638.925,12-	3.310.000-	972.896,24-	2.337.103,76	48.066,61	1.694.000,00-	3.983.037,15-	3.382.000,00-
12	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	371.730,52-	101.100-	122.863,32-	21.763,32-	49.263,32-	0	27.500,00-	27.500,00-
13	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	21.339,96-	8.600.000-	8.600.000,00-	0	0	0	0	0
15	- Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	35.144,27-	0	0	0	0	0	0	0
16	- Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1.067.139,87-	12.011.100-	9.707.377,53-	2.303.722,47	1.196,71-	3.494.000,00-	5.798.919,18-	5.197.800,00-
17	- Saldo aus Investitionstätigkeit	1.063.139,87-	12.011.100-	9.707.377,53-	2.303.722,47	1.196,71-	3.494.000,00-	5.798.919,18-	5.197.800,00-
18	- Finanzierungsmittelüberschuss/- fehlbetrag	121.928.031,82	116.658.482	122.959.392,44	6.300.910,62	319.761,89	4.666.700,00-	10.647.848,73-	5.628.650,00-
19	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	10.400.000	0	10.400.000,00-	0	0	10.400.000,00	0
20	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	144.119,00-	1.087.800-	223.532,00-	864.268,00	0	0	864.268,00-	0
21	- Saldo aus Finanzierungstätigkeit	144.119,00-	9.312.200	223.532,00-	9.535.732,00-	0	0	9.535.732,00	0
22	- Delta Finanzierungsmittelbestand	121.783.912,82	125.970.682	122.735.860,44	3.234.821,38-	319.761,89	4.666.700,00-	1.112.116,73-	5.628.650,00-

Ausblick, Chancen und Risiken

Unsere Mitarbeitenden: Unsere wichtigste Ressource

- Arbeitgebermarke – Employer Branding

Beginnend mit der Überarbeitung der Aktivitäten im Ausbildungsmarketing wurde die Thematik „attraktiver Arbeitgeber Landratsamt“ für externe Zielgruppen forciert. Das Ausbildungsmarketing wurde im Jahr 2016 erstmals um die WhatsApp Karrieretage erweitert und im Jahr 2017 durch eine eigene Instagram Plattform mit dem Hashtag #vielfaltimamt. Unter Einbeziehung der Mitarbeitenden, kann die aktive Gestaltung der internen und externen Kommunikations- sowie Marketingmaßnahmen, die Position als Arbeitgeber auf dem Arbeitsmarkt verbessern sowie die Mitarbeiterbindung erhöhen. Die Implementierung einer Arbeitgebermarke schärft das Profil des Landratsamts als attraktiver Arbeitgeber und unterstützt die externe Personalgewinnung in Zeiten des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels. Die Umsetzung von ersten Maßnahmen mit strategischer Ausrichtung einer aktiven Positionierung als attraktiver Arbeitgeber erfolgte sowohl in einer verstärkten hausweiten Information („Aktuelles“) via Intranet als auch über die Präsenz in Arbeitgeberportalen im Internet und Regionalen Netzwerken.

- Zertifizierung „Audit Beruf und Familie“

Nun sind schon zwei Jahre vergangen, seitdem das Landratsamt für seine familienbewußte Personalpolitik ausgezeichnet worden ist. Mit der Teilnahme am „Audit Beruf und Familie“ wurden bisherige Aktivitäten gebündelt und Inhalte des familienfreundlichen Arbeitgebers strategisch verankert.

Auch im zweiten Berichtsjahr konnten wir zahlreiche Maßnahmen hinsichtlich unserer familienfreundlichen und lebensphasenorientierten Personalpolitik umsetzen. Unter anderem wurde das BGM-Angebot weiter ausgebaut, eine Informationsmappe zur Pflege von Angehörigen erstellt und eine aktive Pause angeboten. Außerdem wurde die Zahl der Kinderbetreuungsplätze für Mitarbeitende erhöht, ein internes Kinderferienprogramm etabliert und ein Kontakthalteprogramm „Schnulleralarm“ eingeführt.

Für die Re-Auditierung im kommenden Jahr wurden bereits erste Termine geplant und die Maßnahmenumsetzung für das dritte Zertifikatsjahr hat schon im Oktober 2018 volle Fahrt aufgenommen. Der letzte Umsetzungsbericht wird bereits zum Ende des dritten Quartals eingereicht und ermöglicht uns dann die Fokussierung auf die strategische Weiterentwicklung unserer familienbewussten Personalpolitik.

- Umsetzung des Schulungsprogramms für Führungskräfte

Im Hinblick auf die sukzessive Vorbereitung und Sensibilisierung für die Veränderungen in der Arbeitswelt sowie für Erfordernisse im Rahmen der Haushaltskonsolidierung, konnten wir unser Angebot im Bereich der Führungskräfteentwicklung weiter ausbauen und professionalisieren. Mit dem Kompetenzpass für Führungskräfte konnten wir den immer vielfältigeren und komplexeren Anforderungen an Führungskräfte gerecht werden. Mit dem Pilotprojekt „Teamentwickler“ boten wir 2018 zum ersten Mal ein Gesamtmodul bestehend aus Grundlagen, Vertiefungswissen und Wissenstransfer an, welches aktiv die Förderung und den Erhalt guter Zusammenarbeit im Team zum Ziel hatte. Weiterhin ist für unsere Führungskräfte das Thema Work-Life-Balance von großer Bedeutung. In 2018 boten wir ergänzend Workshops zum Thema Stressbewältigung und gesunder Führung im internen Weiterbildungsprogramm für Führungskräfte an. Auch das Thema Agile Führung fand guten Zuspruch und wird fest in unser FK-Weiterbildungsangebot integriert.

Kreditaufnahmen und Zinsentwicklung

Um die Liquidität der Kreiskliniken GmbH für den Neubau des Zentralklinikums zu stärken, hat der Kreistag im Mai 2017 beschlossen, dass der Landkreis im Jahr 2018 eine Einzahlung in die Kapitalrücklage der Kliniken GmbH in Höhe von 8,6 Mio. EUR leistet. Hierfür war im Haushalt 2018 die Aufnahme eines Darlehens in Höhe von 8,6 Mio. EUR vorgesehen, welches in zehn Jahren zu tilgen ist, wofür jährlich ein Zahlungsmittelüberschuss aus dem Ergebnishaushalt von 860.000 EUR eingeplant wird. Aufgrund der aktuellen Zinslage (Kassenkredite bringen einen geringen Zinsertrag) wurde das Darlehen noch nicht aufgenommen. Durch den in 2018 erwirtschafteten Zahlungsmittelüberschuss reduziert sich die ausstehende Darlehensaufnahme auf 7.740.000 EUR. Die Kreditermächtigung gilt bis zum Erlass der Haushaltssatzung des übernächsten Jahres (2020) weiter.

Die zur Finanzierung der Baumaßnahme LRA 2. Standort sowie die Hochrheinelektrifizierung vorgesehene Darlehensaufnahme in Höhe von 1,8 Mio. EUR wurde nicht in Anspruch genommen, da noch kein wesentlicher Mittelabfluss für diese Maßnahmen erfolgt ist. Die Grundstückskosten werden vsl. im Herbst 2019 fällig. Mit Beginn des Erdaushubs und der Bauarbeiten werden dann auch alsbald größere Mittelabflüsse erfolgen.

Der Landkreis steht noch vor der Bewältigung seines umfangreichen Investitionsprogramms, für dessen Finanzierung Darlehensaufnahmen in Höhe von 29,5 Mio. EUR bis zum Jahr 2022 geplant sind. Hinzu kommen in den Folgejahren weitere 9,2 Mio. EUR für die Hochrheinelektrifizierung und Tramlinie 8+. Für die anstehenden Kreditaufnahmen bietet die aktuelle Niedrigzinsphase ein günstiges Umfeld, die Entwicklung der kurz- und langfristigen Zinsentwicklung bleibt zu beobachten.

Zahlreiche Baumaßnahmen

Die Vielzahl der anstehenden Baumaßnahmen stellt gleichermaßen Chance und Risiko dar. Chance insofern, als es gelungen ist, erhebliche Fördermittel für insgesamt sechs Instandhaltungsprojekte an Schulen (Förderbescheide über rund 1,8 Mio. € für 4 Projekte im Jahr 2018 und über weitere rund 1,4 Mio. € für 2 Projekte im Jahr 2019) zu erhalten. Außerdem ermöglichen es diese und weitere Baumaßnahmen – beispielhaft genannt sei die bauliche Umsetzung des RSE-Prozesses, die Gestaltung einer Zwischenlösung für die Sprachheilschule, die für 2019 geplante Erneuerung der Fenster im Haus 2 sowie der Bau eines zweiten Landratsamt-Standortes – wichtige Ziele zu erreichen.

Gleichzeitig sind die Baumaßnahmen allerdings auch mit Risiken verbunden. Zum einen ist dabei zu nennen, dass die Mitarbeitenden des Fachbereichs Planung & Bau ein riesiges Arbeitspensum zu erfüllen haben. Sofern Personalausfälle auftreten sollten, würden dadurch zeitliche Verschiebungen der zahlreichen Bauprojekte drohen. Zum anderen sind die Bau- bzw. Handwerksunternehmen derzeit stark ausgelastet, so dass es nicht immer leicht ist, als Bauherr überhaupt Angebote zu erhalten, was ebenfalls zu Zeitverzögerungen führen kann. Ebenso besteht aufgrund der guten Baukonjunktur die Gefahr, dass die Baupreise steigen und sich Kostenberechnungen als zu optimistisch erweisen. Ein weiteres Risiko besteht darin, dass der Umbau bestehender Gebäude – etwa im Bereich unserer gewerblichen bzw. beruflichen Schulen – zu unvorhergesehenen Ergänzungsbaumaßnahmen führen können. Im Jahr 2018 ist es gelungen, durch Nutzung des vorhandenen Budgets (und der aus 2017 übertragenen Finanzmittel) bzw. durch Schwerpunktsetzung die an der Gewerbeschule Schopfheim notwendigen Instandhaltungsmaßnahmen dennoch durchzuführen. Insofern darf der Blick auf das Jahr 2019 trotz der vorhandenen Herausforderungen dennoch optimistisch sein.

11.21 Personalmanagement

Ziele & Kennzahlen

Martin Sander, FBL Personal & Organisation – Verwaltungsausschuss

WIRKUNGSZIELE			Zielgruppe		
A	S	Die Mitarbeiter/-innen arbeiten gerne für das Landratsamt Lörrach und sind zufrieden mit ihrer Arbeit.	alle Mitarbeiter/-innen		
B	S	Die für die Aufgabenerfüllung in qualitativer und quantitativer Sicht erforderliche personelle Ausstattung ist sichergestellt.	Alle Organisationseinheiten des Landratsamtes sowie EAL		
Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert			Messgröße		
A 1	S	Durch Aus- und Fortbildung im Rahmen der Personalentwicklung sollen Potentiale gezielt entwickelt und gefördert werden. Die Mitarbeiter/-innen werden hinsichtlich der fachlichen, methodischen, sozialen und personalen Kompetenzen aus- und weitergebildet.	A 1k1, A 1k2, A 1k3, A 1k4, A 1k4		
A 2	S	Den Mitarbeiter/-innen stehen attraktive Rahmenbedingungen zur Verfügung.	A 2 k1, A 2 k2		
B 1	S	Eine zwischen dem FB P&O und dem jeweiligen Fachbereich rechtzeitig abgestimmte Personalplanung ermöglicht grundsätzlich eine erfolgreiche Wiederbesetzung und Einarbeitung.	B 1k1, B 1k2		
Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant			Umsetzungsgrad		
A 1.1	S	Für die Mitarbeiter/-innen und Mitarbeiter, Führungskräfte und neue Führungskräfte des Landratsamtes Lörrach werden bedarfsgerechte Schulungen auf der Grundlage der Grundsätze für Führung & Zusammenarbeit angeboten und durchgeführt.	100 %		
A 1.2	S	Das Weiterbildungsprogramm, welches die Entwicklung der Kompetenzen von bestehenden und zukünftigen Führungskräften im Landratsamt Lörrach unterstützt, ist implementiert und wird fortlaufend weiterentwickelt.	100 %		
A 1.3	S	Pro Jahr werden potentielle Führungsnachwuchskräfte in einem gemeinsam mit anderen Landkreisen durchgeführten Führungsnachwuchskräfteprogramm (FNK) gefördert und auf eine mögliche Führungsaufgabe vorbereitet.	100 %		
A 2.1	S	Die familienbewusste Personalpolitik ist integraler Bestandteil der Arbeitswelt Landratsamt. Die in der Zielvereinbarung des Audits "Beruf und Familie" vereinbarten Maßnahmen werden konsequent implementiert und umgesetzt.	95 %		
A 2.2	S	Ein Konzept zur Förderung der Nutzungsmöglichkeiten des ÖPNV und alternativer Mobilitätsformen für Mitarbeitende des LRA wird umgesetzt.	100 %		
B 1.1	S	Die jährlich ausscheidenden Personen werden rechtzeitig im dw.personal-System ermittelt (Sachbearbeitungen mind. 1/2 Jahr vorher, Führungskräfte mind. 1 Jahr vorher). Daran schließt sich in Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Fachbereich die konkrete Nachfolgeplanung an.	100 %		
KENNZAHLEN der ZIELERREICHUNG		ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung	
A 1 k1	S	Anzahl der internen Angebote (Weiterbildungsprogramm)	35	32	sehr hohe Nachfrage z.B. Bürgerkommunikation, Personality-Training.
A 1 k2	S	Auslastung der Kurse (%)	80	80	
A 1 k3	S	Durchschnittliche Zufriedenheit (%)	80	90	
A 1 k4	S	Teilnehmerzahl FNK-Programm	4	4	
A 2 k1	S	Anzahl Telearbeitsplätze	60	82	einschließlich EAL 89 und somit mehr als geplant
A 2 k2	S	Umgesetzte Maßnahmen der Zielvereinbarung (%)	100	90	siehe A 2.1
B 1 k1	S	Erfolgreiche Stellenbesetzungsverfahren nach Erstausschreibung (%)	80	88	154 Verfahren, davon 136 erfolgreiche bei Erstausschreibung
B 1 k2	S	Bleibequote Neueinstellungen nach 12 Monaten (%)	70	90	7 Probezeitkündigungen
GESAMTBETRACHTUNG					

Im Personalmanagement wurden die Jahresziele vollumfänglich erreicht. Hervorzuheben ist die weiterhin steigende Anzahl an Personalauswahlverfahren. Die Fort- und Weiterbildungsangebote fanden hohen Zuspruch, sowohl bei den Mitarbeitenden als auch den Führungskräften. Audit berufundfamilie: Die Maßnahmen des 2. Berichtsjahres wurden nahezu abgeschlossen (u.a. Kontakthalteprogramm). Die Grundlagen für die Rezertifizierung in 2019 sind geschaffen.

Teilergebnisrechnung

Personalmanagement 11.21

Martin Sander, FBL Personal & Organisation – Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.	Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2017	PLAN 2018	IST 2018	Vergleich PLAN / IST 2018	Zulässiger Mehraufw. 2018	Ermächti- gungen aus 2017	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2018	übertragene Ermächt. nach 2019
		1	2	3	4	5	6	7	8
2	+ Umlagen, Zuweisungen und Zuschüsse	23.867,50	22.900	18.443,00	4.457,00-	0	0	4.457,00	0
6	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	87.192,59	82.000	93.115,86	11.115,86	0	0	11.115,86-	0
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	11.039,02	0	7.893,19	7.893,19	0	0	7.893,19-	0
11	- Ordentliche Erträge	122.099,11	104.900	119.452,05	14.552,05	0	0	14.552,05-	0
12	- Personalaufwendungen	2.646.969,17-	2.790.174-	2.882.024,56-	91.850,18-	0	0	91.850,18	0
14	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	452.979,19-	565.545-	441.706,13-	123.838,47	68.153,85	88.200,00-	143.884,62-	51.500,00-
15	- Abschreibungen	3.546,17-	3.417-	3.951,68-	534,44-	0	0	534,44	0
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	226.503,69-	234.199-	291.435,85-	57.236,45-	34.636,45-	25.600,00-	3.000,00-	3.000,00-
19	- Ordentliche Aufwendungen	3.329.998,22-	3.593.336-	3.619.118,22-	25.782,60-	33.517,40	113.800,00-	54.500,00-	54.500,00-
20	- Ordentliches Ergebnis	3.207.899,11-	3.488.436-	3.499.666,17-	11.230,55-	33.517,40	113.800,00-	69.052,05-	54.500,00-
40	+ Erträge aus internen Leistungen	3.610.340,76	3.966.868	3.824.306,95	142.561,43-	0	0	142.561,43	0
52	- Aufwand für Serviceleistungen	241.422,85-	256.836-	243.648,34-	13.187,37	0	0	13.187,37-	0
53	- Aufwand für Miete (intern)	134.877,49-	163.290-	139.611,50-	23.678,34	0	0	23.678,34-	0
54	- Aufwand für IuK	55.244,06-	57.171-	58.380,22-	1.209,17-	0	0	1.209,17	0
60	- Kalkulatorische Kosten	1.086,47-	1.136-	429,01-	707,15	0	0	707,15-	0
70	- Kalkulatorisches Ergebnis	3.177.709,89	3.488.436	3.382.237,88	106.197,74-	0	0	106.197,74	0
90	- Nettoressourcenbedarf oder –überschuss	30.189,22-	0	117.428,29-	117.428,29-	33.517,40	113.800,00-	37.145,69	54.500,00-

Teilfinanzrechnung

Personalmanagement 11.21

Martin Sander, FBL Personal & Organisation – Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.	Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2017	PLAN 2018	IST 2018	Vergleich PLAN / IST 2018	Zulässige Mehrausz. 2018	Ermächti- gungen aus 2017	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2018	übertragene Ermächt. nach 2019
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	+ Einzahlungen der Ergebnisrechnung	120.330,92	104.900	124.803,51	19.903,51	0	0	19.903,51-	0
2	- Auszahlungen der Ergebnisrechnung	3.298.409,09-	3.585.947-	3.569.374,74-	16.572,20	33.517,40	113.800,00-	96.854,80-	54.500,00-
3	- Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf der Ergebnisrechnung	3.178.078,17-	3.481.047-	3.444.571,23-	36.475,71	33.517,40	113.800,00-	116.758,31-	54.500,00-
9	- Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
12	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	5.331,42-	0	0	0	0	0	0	0
16	- Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	5.331,42-	0	0	0	0	0	0	0
17	- Saldo aus Investitionstätigkeit	5.331,42-	0	0	0	0	0	0	0
18	- Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	3.183.409,59-	3.481.047-	3.444.571,23-	36.475,71	33.517,40	113.800,00-	116.758,31-	54.500,00-
21	- Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	- Delta Finanzierungsmittelbestand	3.183.409,59-	3.481.047-	3.444.571,23-	36.475,71	33.517,40	113.800,00-	116.758,31-	54.500,00-

11.24 Gebäudemanagement**Ziele & Kennzahlen**

Gerhard Blattmann, FBL Planung & Bau – Verwaltungsausschuss

WIRKUNGSZIELE			Zielgruppe		
A	S	Das Landratsamt bietet ein modernes kundenorientiertes Dienstleistungsangebot in zentralen und attraktiven Räumlichkeiten.	alle Organisationseinheiten des Landratsamtes sowie EAL		
A	S	An den einzelnen Schulstandorten sind attraktive und zukunftsorientierte Fachbereichs-/Schulartenangebote nach dem Schulentwicklungsplan geschaffen.	SchülerInnen, Auszubildende, Eltern, Unternehmen		
C	S	Die Energieeffizienz ist erhöht und der Anteil an erneuerbaren Energien (Wärme und Strom) gesteigert im Sektor kreiseigene Gebäude.	Klimaschutz und alle Organisationseinheiten des LRA		
D	S	Die Potentiale für Energieeffizienz und Klimaschutz aus der Beschaffungspraxis und dem Nutzerverhalten von Mitarbeiter/-innen werden ermittelt und genutzt.	Anbietende Unternehmen (Privatwirtschaft)		
Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert			Messgröße		
A 1	S	Der vorgesehene 2. Standort zur Unterbringung der Mitarbeiter/-innen (Projekt "Masterplan") ist bis Ende 2020 realisiert.	A 1k1, A 1k2		
A 2	S	Ein modernes Immobilienmanagement bündelt die Aufgaben der Verwaltung und Bewirtschaftung der kommunalen Immobilien „in einer Hand“ und sorgt für die Bereitstellung adäquater und wirtschaftlicher Raumressourcen für die Aufgabenbereiche.	A 2 k1		
B 1	S	Die Baumaßnahmen im Hauptgebäude der GWS in Rheinfelden sind bis Ende 2018 abgeschlossen.	B 1k1		
B 2	S	Die Neugestaltung der einzelnen Berufsschulen ist gemäß des Detailkonzeptes bis Ende 2020 umgesetzt.	B 2 k1		
C 1	S	Bis spätestens 31.12.2025 beträgt der Anteil regenerativer Energien bei den kreiseigenen Gebäuden 100 % (KNZ: Ant. reg. E., IST 2012 = 55%, Ziel 2025 = 100%)	C 1k1		
C 2	S	Alle kreiseigenen Gebäude sind bis 31.12.2020 komplett mit Gebäudeleittechnik ausgestattet (KNZ: Anteil der Gebäude mit GLT, IST 2012 = 70% , Ziel 2017 = Schulen 100%, 2020 = alle Gebäude 100%).	C 2 k1		
D 1	S	Die Energieeffizienz der kreiseigenen Gebäude wird bis zum 31.12.2018 im Vergleich zur Basis 31.12.2010 um 17 % gesteigert.	D 1k1, D 1k2		
Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant			Umsetzungsgrad		
A 1.1	S	Planungen zum 2. Landratsamtstandort in 2018.	100 %		
A 2.1	S	Systematische Erfassung der Raumressourcen und jährliche Fortschreibung der Bewirtschaftungs- und Unterhaltungskosten pro qm Nutzfläche und Gebäudetyp.	100 %		
A 2.2	S	Erfassung aller Gebäudedaten im Facilitymanagement.	20 %		
B 1.1	S	Erstellung/Erarbeitung eines übergeordneten Maßnahmen- und Terminplans.	50 %		
B 2.1	S	Die Baumaßnahmen für die Fahrzeugtechnik haben begonnen	100%		
C 1.1	S	Installation eines BHKW an der Gewerbeschule Rheinfelden.	15 %		
C 2.1	S	Die Häuser 1 und 2 werden mit Gebäudeleittechnik ausgestattet und wärmetechnisch miteinander verbunden.	10 %		
D 1.1	S	Schulung der Nutzer der kreiseigenen Einrichtungen zu Energieeffizienz.	50 %		
KENNZAHLEN der ZIELERREICHUNG			ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
A 1 k1	S	Ein 2. Standort zur Unterbringung der Mitarbeiter/-innen (Projekt "Masterplan") ist bis Ende 2020 realisiert.	0	0	Nach aktuellem Stand wird der Neubau im februar 2022 fertig gestellt.
A 1 k2	S	Planungen bis 31.12.2018 abgeschlossen (j/n)	ja	ja	Baubeschluss wurde vom Kreistag in der Novembersitzung gefasst
A 2 k1	S	Kosten (Wärme,Strom,Wasser) pro qm Nutzfläche / Jahr (in EUR) (ohne Heime)	7,8	7.5	
B 1 k1	S	Die Baumaßnahmen im Hauptgebäude der GWS rheinfelden sind bis Ende 2018 abgeschlossen (ja/nein)	ja	nein	Zusätzliche Aufgaben durch kommunalen Sanierungsfonds.
B 2 k1	S	Baubeginn Fahrzeugtechnik bis 31.12.2018 GS RHF (ja/nein)	ja	nein	Zeitliche Verzögerung beim Ringtausch.
C 1 k1	S	Anteil regenerativer Energien (in %)	68	68	
C 2 k1	S	Anteil der Schulgebäude mit Gebäudeleittechnik (in %)	100	100	
D 1 k1	S	Anzahl der Schulungen	4	4	Ausfall von Mitarbeitern.
D 1 k2	S	Verbesserung der Energieeffizienz i.Vgl zu 2010 (in %)	17	16	
GESAMTBETRACHTUNG					

Baumaßnahmen

Die bereitgestellten Haushaltsmittel inklusive der Übertragungen aus dem Jahr 2017 wurden bis auf ca. 92.000 Euro in den geplanten Maßnahmen aufgewendet. Die umfangreichen Umbaumaßnahmen an den Schulen, insbesondere auch am BSZ Schopfheim, bildeten einen Schwerpunkt der Instandhaltungsmaßnahmen des Jahres 2018. Neben Maßnahmen im Zuge der RSE erfolgten auch wichtige sonstige Instandhaltungsmaßnahmen, die in diesem Zuge angegangen wurden, zumal kurzfristige Fördermittelzusagen aus dem Schulsanierungsprogramm teilweise den Takt vorgaben.

Investiv

Der Grundstückskauf für den zweiten Standort wurde vollzogen, allerdings ist die Zahlung erst mit Anzeige des Baubeginns fällig. Die zur Verfügung gestellten Mittel müssen daher nach 2019 übertragen werden.

Teilergebnisrechnung

Gebäudemanagement 11.24

Gerhard Blattmann, FBL Planung & Bau – Verwaltungsausschuss

Ifd. Nr.	Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2017	PLAN 2018	IST 2018	Vergleich PLAN / IST 2018	Zulässiger Mehraufw. 2018	Ermächtigungen aus 2017	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2018	übertragene Ermächt. nach 2019
		1	2	3	4	5	6	7	8
3	+ Aufgelöste Investitionszuwendungen	88.833,24	90.600	90.669,98	69,98	0	0	69,98-	0
5	+ Öffentlich-rechtliche Entgelte	132.329,79	140.600	139.413,67	1.186,33-	0	0	1.186,33	0
6	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	371.276,89	300.800	297.426,31	3.373,69-	0	0	3.373,69	0
7	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	5.111,96	2.468	35.567,84	33.099,64	0	0	33.099,64-	0
8	+ Zinsen und ähnliche Erträge	201,35	0	147,31	147,31	0	0	147,31-	0
9	+ Aktivierte Eigenleistungen	149.203,76	0	79.164,93	79.164,93	0	0	79.164,93-	0
10	+ Sonstige ordentliche Erträge	26.808,86	0	128.748,90	128.748,90	128.748,90	0	0	0
11	- Ordentliche Erträge	773.765,85	534.468	771.138,94	236.670,74	128.748,90	0	107.921,84-	0
12	- Personalaufwendungen	2.972.112,47-	2.987.325-	3.076.373,27-	89.048,11-	0	0	89.048,11	0
14	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	6.698.768,15-	8.751.300-	9.575.090,95-	823.790,71-	133.990,71-	782.000,00-	92.200,00-	92.200,00-
15	- Abschreibungen	1.538.841,88-	1.641.337-	1.554.253,38-	87.084,10	0	0	87.084,10-	0
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	49.439,80-	101.715-	72.577,55-	29.137,77	9.653,57	0	19.484,20-	0
19	- Ordentliche Aufwendungen	11.259.162,30-	13.481.678-	14.278.295,15-	796.616,95-	124.337,14-	782.000,00-	109.720,19-	92.200,00-
20	- Ordentliches Ergebnis	10.485.396,45-	12.947.210-	13.507.156,21-	559.946,21-	4.411,76	782.000,00-	217.642,03-	92.200,00-
40	+ Erträge aus internen Leistungen	11.242.626,60	14.006.546	14.858.487,22	851.941,24	0	0	851.941,24-	0
52	- Aufwand für Serviceleistungen	706.994,52-	971.050-	909.699,50-	61.350,78	0	0	61.350,78-	0
53	- Aufwand für Miete (intern)	92.571,33-	103.240-	91.499,81-	11.740,30	0	0	11.740,30-	0
54	- Aufwand für IuK	48.406,72-	52.505-	52.879,30-	374,45-	0	0	374,45	0
60	- Kalkulatorische Kosten	142.981,51-	103.270-	102.031,81-	1.238,11	0	0	1.238,11-	0
70	- Kalkulatorisches Ergebnis	10.251.672,52	12.776.481	13.702.376,80	925.895,98	0	0	925.895,98-	0
90	- Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	233.723,93-	170.729-	195.220,59	365.949,77	4.411,76	782.000,00-	1.143.538,01-	92.200,00-

Teilfinanzrechnung

Gebäudemanagement 11.24

Gerhard Blattmann, FBL Planung & Bau – Verwaltungsausschuss

Ifd. Nr.	Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2017	PLAN 2018	IST 2018	Vergleich PLAN / IST 2018	Zulässige Mehrausz. 2018	Ermächtigungen aus 2017	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2018	übertragene Ermächt. nach 2019
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	+ Einzahlungen der Ergebnisrechnung	512.406,84	443.868	472.744,28	28.876,08	0	0	28.876,08-	0
2	- Auszahlungen der Ergebnisrechnung	9.666.209,25-	11.870.131-	12.528.810,59-	658.679,55-	124.337,14-	782.000,00-	247.657,59-	92.200,00-
3	- Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf der Ergebnisrechnung	9.153.802,41-	11.426.263-	12.056.066,31-	629.803,47-	124.337,14-	782.000,00-	276.533,67-	92.200,00-
6	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	4.000,00	0	0	0	0	0	0	0
9	- Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	4.000,00	0	0	0	0	0	0	0
10	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	11.617,97-	11.617,97-	0	1.800.000,00-	1.788.382,03-	1.788.300,00-
11	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	638.925,12-	3.310.000-	972.896,24-	2.337.103,76	48.066,61	1.694.000,00-	3.983.037,15-	3.382.000,00-
12	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	44.397,06-	36.500-	39.566,61-	3.066,61-	30.566,61-	0	27.500,00-	27.500,00-
15	- Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	27.486,62-	0	0	0	0	0	0	0
16	- Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	710.808,80-	3.346.500-	1.024.080,82-	2.322.419,18	17.500,00	3.494.000,00-	5.798.919,18-	5.197.800,00-
17	- Saldo aus Investitionstätigkeit	706.808,80-	3.346.500-	1.024.080,82-	2.322.419,18	17.500,00	3.494.000,00-	5.798.919,18-	5.197.800,00-
18	- Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	9.860.611,21-	14.772.763-	13.080.147,13-	1.692.615,71	106.837,14-	4.276.000,00-	6.075.452,85-	5.290.000,00-
21	- Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	- Delta Finanzierungsmittelbestand	9.860.611,21-	14.772.763-	13.080.147,13-	1.692.615,71	106.837,14-	4.276.000,00-	6.075.452,85-	5.290.000,00-

11.24.02 Facility Management

Ziele & Kennzahlen

Gerhard Blattmann, FBL Planung & Bau – Verwaltungsausschuss

Neben den Leistungszielen der Produktgruppe wurden folgende SCHLÜSSELPRODUKTZIELE definiert		Messgröße		
Die Energieeffizienz der kreiseigenen Gebäude wird bis zum 31.12.2018 um 17 % (im Vergleich zur Basis 31.12.2010) gesteigert (durch kontinuierliche Reduzierung des kreiseigenen Energieverbrauchs in allen Nutzungsarten)				
Bis 2025 beträgt der Anteil regenerativer Energien bei den kreiseigenen Gebäuden 100 %. (Ist 2012 = 55%)				
Kontinuierliche Minderung der CO2 Emissionen				
Bis 31.12.2019 werden alle (=100%) kreiseigenen Gebäude mit GLT ausgestattet.				
Um die Schlüsselproduktziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant		Umsetzungsgrad		
Einrichtung einer Energiedatenbank (vFM = visual Facility Management) und regelmäßige Auswertung der Verbrauchsdaten.		50 %		
Erstellen von Prioritätenkatalogen und Berichten.		100 %		
Identifikation und Realisierung von Energiesparpotentialen, fachtechnische Konzeption, organisatorische Planung, Entwicklung von Finanzierungskonzepten, Energieeinspar- Contracting.		70 %		
Energiekonzepte für kreiseigene Liegenschaften		90 %		
Schulungs- und Motivationsprogramme zur Änderung des Nutzerverhaltens.		10 %		
Verhandlung, Prüfung und Gestaltung von Energielieferverträgen.				
Erweiterung des Energie-Controlling-Systems (Gebäudeleittechnik, GLT).		80 %		
Kennzahlen der ZIELERREICHUNG		ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
K 11.24.02- 01	Durchschnittliche Energiekosten (gesamt) je m² Nutzfläche	8,2	7,5	
K 11.24.02- 02	Heizkosten je m² Nutzfläche	2,9	2,8	
K 11.24.02- 03	Stromkosten je m² (in EUR)	4,2	3,8	
K 11.24.02- 04	Wasserkosten je m² (in EUR)	1,1	0,9	
K 11.24.02- 05	Energieverbrauch je m² Nutzfläche	77,6	81,5	
K 11.24.02- 06	Wärmeverbrauch (in kWh) je m² Nutzfläche	55,6	58,9	
K 11.24.02- 07	Stromverbrauch (in kWh) je m² Nutzfläche	22,0	22,7	
K 11.24.02- 08	Wasserverbrauch (in Litern) je m² Nutzfläche	182,6	169,2	
K 11.24.02- 09	Anteil regenerative Energien am Gesamtverbrauch für die Beheizung	67,0	65,8	
K 11.24.02- 10	Prozentuale Minderung der CO2-Emission ggü. dem Vorjahr	3,5	11,5	
K 11.24.02- 11	Anteil der kreiseigenen Gebäude mit GLT (in %)	0,0	0,0	
K 11.24.02- 12	Anteil fossile Energien am Gesamtverbrauch für die Beheizung	33,0	34,2	
Gesamtbetrachtung				

Insgesamt ist durch die dargestellten Diagramme ersichtlich, dass sowohl die Kosten als auch die Verbräuche relativ konstant zum Vorjahr sind. Es ist eine leicht negative Tendenz zu erkennen.

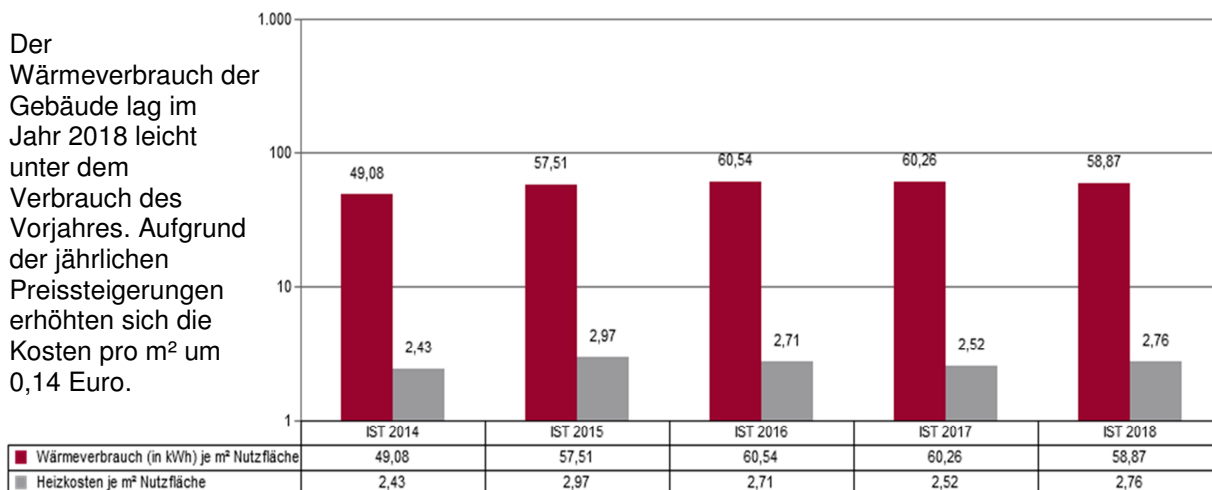
Schlüsselprodukt

Facility Management 11.24.02

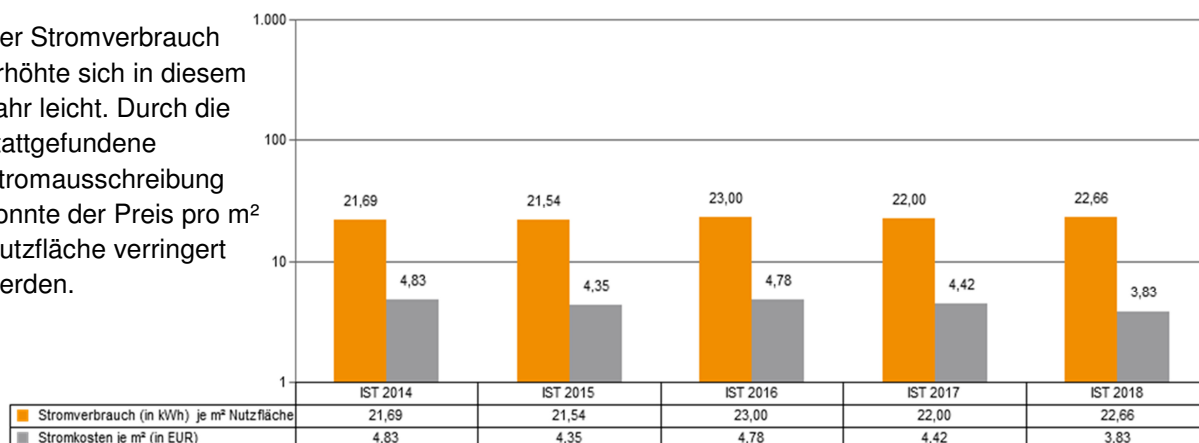
Gerhard Blattmann, FBL Planung & Bau – Verwaltungsausschuss

Wärme - Verbrauch und Kosten je m² Nutzfläche Verwaltungs und Schulgebäude

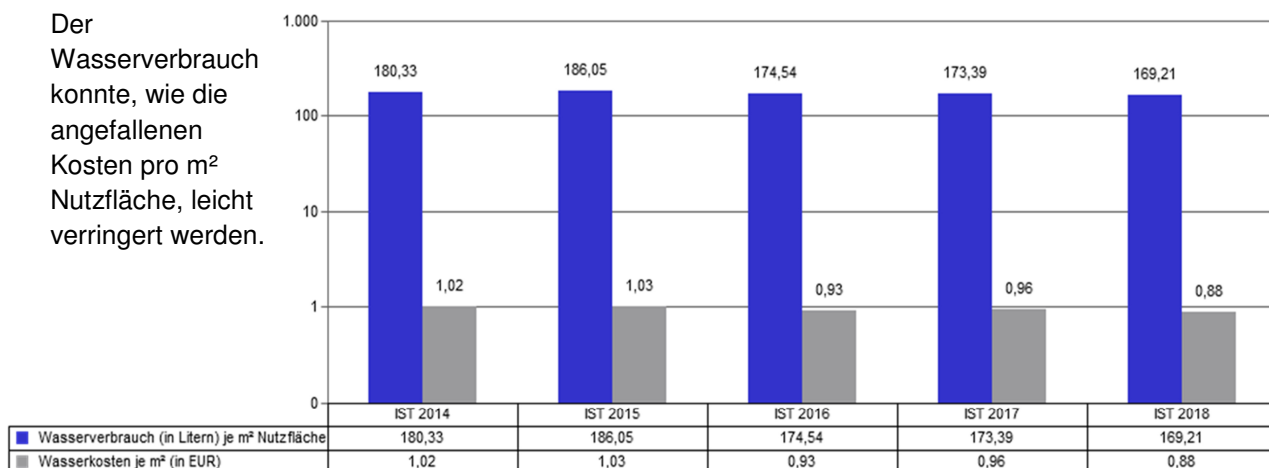
Der Wärmeverbrauch der Gebäude lag im Jahr 2018 leicht unter dem Verbrauch des Vorjahres. Aufgrund der jährlichen Preissteigerungen erhöhten sich die Kosten pro m² um 0,14 Euro.

Strom - Verbrauch und Kosten je m² Nutzfläche Verwaltungs und Schulgebäude

Der Stromverbrauch erhöhte sich in diesem Jahr leicht. Durch die stattgefundenen Stromausschreibung konnte der Preis pro m² Nutzfläche verringert werden.

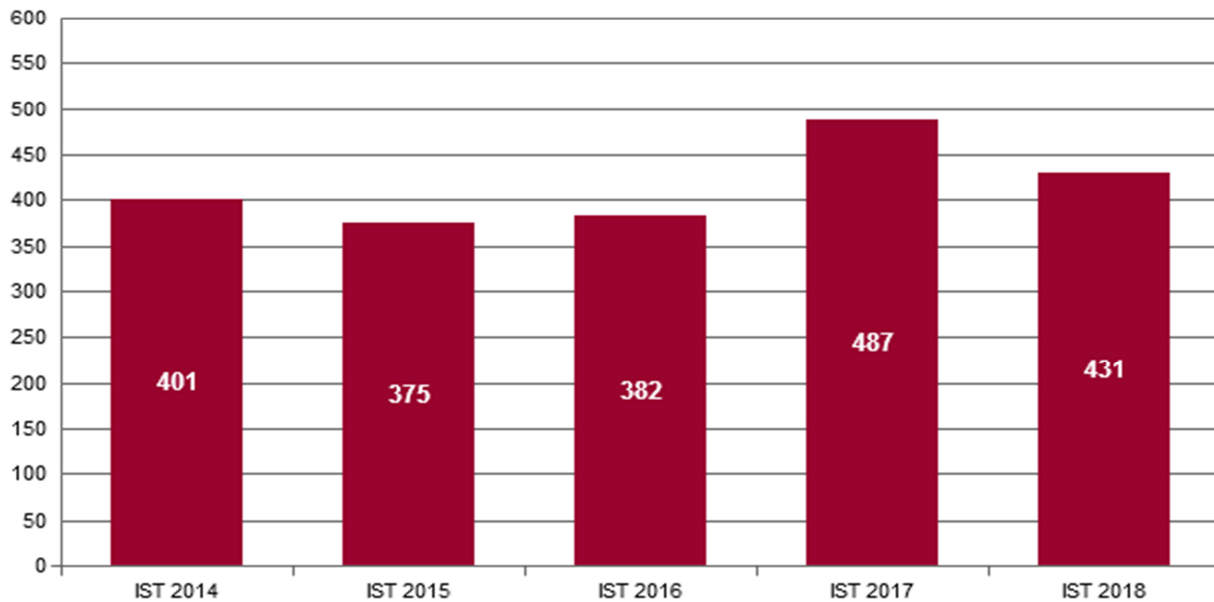
Wasser - Verbrauch und Kosten je m² Nutzfläche Verwaltungs und Schulgebäude

Der Wasserverbrauch konnte, wie die angefallenen Kosten pro m² Nutzfläche, leicht verringert werden.

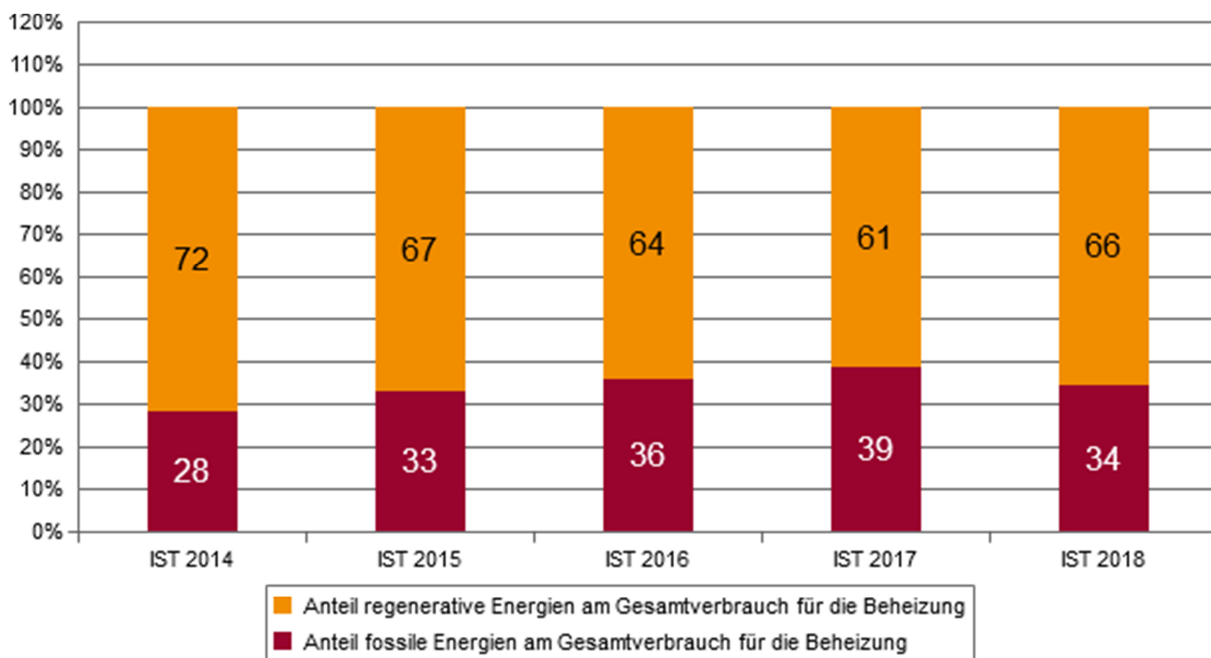


11.24.02 Facility Management**Schlüsselprodukt**

Gerhard Blattmann, FBL Planung & Bau – Verwaltungsausschuss

CO₂-Ausstoss - in Tonnen -

Nach dem Anstieg des CO₂ Ausstoßes im Jahr 2017, ist der Ausstoß 2018 wieder zurück gegangen und soll im kommenden Jahr noch weiter gesenkt werden.

Anteil der regenerativen und fossilen Energien am Gesamtverbrauch Wärme

Der Anteil an regenerativen Energien ist im Vergleich zum Vorjahr wieder angestiegen und wird sich in den nächsten Jahren weiterhin erhöhen.

Teilergebnisrechnung

Facility Management **11.24.02**

Gerhard Blattmann, FBL Planung & Bau – Verwaltungsausschuss

Ifd. Nr.	Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2017	PLAN 2018	IST 2018	Vergleich PLAN / IST 2018	Zulässiger Mehraufw. 2018	Ermächtigungen aus 2017	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2018	übertragene Ermächt. nach 2019
		1	2	3	4	5	6	7	8
3	+ Aufgelöste Investitionszuwendungen	88.833,24	90.600	90.669,98	69,98	0	0	69,98-	0
5	+ Öffentlich-rechtliche Entgelte	132.329,79	140.600	139.413,67	1.186,33-	0	0	1.186,33	0
6	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	371.276,89	300.800	297.426,31	3.373,69-	0	0	3.373,69	0
7	+ Kostenersatzungen und Kostenumlagen	5.111,96	2.334	35.567,85	33.233,69	0	0	33.233,69-	0
8	+ Zinsen und ähnliche Erträge	201,35	0	147,31	147,31	0	0	147,31-	0
10	+ Sonstige ordentliche Erträge	26.808,86	0	128.748,90	128.748,90	128.748,90	0	0	0
11	- Ordentliche Erträge	624.562,09	534.334	691.974,02	157.639,86	128.748,90	0	28.890,96-	0
12	- Personalaufwendungen	2.718.815,96-	2.724.730-	2.806.138,09-	81.408,08-	0	0	81.408,08	0
14	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	6.502.332,23-	8.700.643-	9.383.800,35-	683.156,99-	133.990,71-	782.000,00-	232.833,72-	92.200,00-
15	- Abschreibungen	1.538.833,84-	1.641.327-	1.554.245,10-	87.081,70	0	0	87.081,70-	0
18	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	46.863,17-	49.015-	50.655,21-	1.640,61-	0	0	1.640,61	0
19	- Ordentliche Aufwendungen	10.806.845,20-	13.115.715-	13.794.838,75-	679.123,98-	133.990,71-	782.000,00-	236.866,73-	92.200,00-
20	- Ordentliches Ergebnis	10.182.283,11-	12.581.381-	13.102.864,73-	521.484,12-	5.241,81-	782.000,00-	265.757,69-	92.200,00-
40	+ Erträge aus internen Leistungen	11.242.626,60	14.006.546	14.858.487,22	851.941,24	0	0	851.941,24-	0
52	- Aufwand für Serviceleistungen	677.168,50-	925.708-	867.146,24-	58.561,82	0	0	58.561,82-	0
53	- Aufwand für Miete (intern)	428.043,36-	517.263-	541.216,10-	23.953,10-	0	0	23.953,10	0
54	- Aufwand für IuK	45.874,05-	49.654-	50.007,75-	354,18-	0	0	354,18	0
60	- Kalkulatorische Kosten	142.981,51-	103.270-	102.031,81-	1.238,11	0	0	1.238,11-	0
70	- Kalkulatorisches Ergebnis	9.948.559,18	12.410.651	13.298.085,32	887.433,89	0	0	887.433,89-	0
90	- Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	233.723,93-	170.729-	195.220,59	365.949,77	5.241,81-	782.000,00-	1.153.191,58-	92.200,00-

Teilfinanzrechnung

Facility Management **11.24.02**

Gerhard Blattmann, FBL Planung & Bau – Verwaltungsausschuss

Ifd. Nr.	Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2017	PLAN 2018	IST 2018	Vergleich PLAN / IST 2018	Zulässige Mehrausz. 2018	Ermächtigungen aus 2017	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2018	übertragene Ermächt. nach 2019
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	+ Einzahlungen der Ergebnisrechnung	512.406,84	443.734	472.744,29	29.010,13	0	0	29.010,13-	0
2	- Auszahlungen der Ergebnisrechnung	9.266.186,96-	11.502.559-	11.986.783,81-	484.224,44-	133.990,71-	782.000,00-	431.766,27-	92.200,00-
3	= Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf der Ergebnisrechnung	8.753.780,12-	11.058.825-	11.514.039,52-	455.214,31-	133.990,71-	782.000,00-	460.776,40-	92.200,00-
6	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	4.000,00	0	0	0	0	0	0	0
9	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	4.000,00	0	0	0	0	0	0	0
12	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	35.826,23-	36.500-	12.007,29-	24.492,71	30.566,61-	0	55.059,32-	27.500,00-
15	- Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	27.486,62-	0	0	0	0	0	0	0
16	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	63.312,85-	36.500-	12.007,29-	24.492,71	30.566,61-	0	55.059,32-	27.500,00-
17	= Saldo aus Investitionstätigkeit	59.312,85-	36.500-	12.007,29-	24.492,71	30.566,61-	0	55.059,32-	27.500,00-
18	= Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	8.813.092,97-	11.095.325-	11.526.046,81-	430.721,60-	164.557,32-	782.000,00-	515.835,72-	119.700,00-
21	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	= Delta Finanzierungsmittelbestand	8.813.092,97-	11.095.325-	11.526.046,81-	430.721,60-	164.557,32-	782.000,00-	515.835,72-	119.700,00-

61.10 Steuern, allgemeine Zuweisungen, Umlagen**Ziele & Kennzahlen**

Alexander Willi, Dezernent I – Verwaltungsausschuss

WIRKUNGSZIELE		Zielgruppe		
A	Die finanzielle Handlungsfähigkeit zur stetigen Aufgabenerfüllung ist nachhaltig sichergestellt.	Einwohner/-innen		
Um die Wirkungsziele zu erreichen wurden folgende LEISTUNGSZIELE definiert		Messgröße		
A 1	Der Haushalt ist im ordentlichen Ergebnis, unter Berücksichtigung von Fehlbeträgen aus Vorjahren, ausgeglichen.	A 1 k1		
A 2	Das Basiskapital bleibt erhalten (Prinzip der intergenerativen Gerechtigkeit).	A 2 k1		
Um die Leistungsziele zu erreichen wurden folgende MAßNAHMEN geplant		Umsetzungsgrad		
A 1.1	Aufstellung eines im ordentlichen Ergebnis ausgeglichenen Gesamthaushaltes unter Berücksichtigung einer bedarfsgerechten Finanzausstattung (Plan).	100 %		
A 1.2	Vollständige Erwirtschaftung des Ressourcenverbrauchs im Gesamtergebnishaushalt (IST).	100 %		
A 2.1	Unterjährige Budgetüberwachung und erforderlichenfalls Einleiten von Gegensteuerungsmaßnahmen.	100 %		
KENNZAHLEN der ZIELERREICHUNG		ZIEL	IST	Kommentierung der Abweichung
A 1 k1	Fehlbetrag/Überschuss (ordentliches Ergebnis) (in EUR)	860.000	5.357.326,90	Mehrerträge Grunderwerbsteuer, Schlüssel-/Einwohnerzuweisungen, KU
A 2 k1	Veränderung des Basiskapitals (in EUR)	0	0	
GESAMTBETRACHTUNG				

Die Schlüsselzuweisungen nach § 8 FAG haben im Vergleich zum Planansatz 2018 zu Mehrerträgen in Höhe von 1.005.188 EUR geführt. Hauptsächlich hierfür ist der mit den Teilzahlungen erhöhte Kopfbetrag von 697 EUR (Plan 691 EUR) bei einer Ausschüttungsquote von 71,3 % für das Jahr 2018. Mit der Meldung über die 1. Abschlusszahlung des FAG 2018 wurde der Kopfbetrag auf endgültig 700 EUR mit einer erhöhten Ausschüttungsquote von 71,32 % festgelegt. Mit einer Nachzahlung in 2019 für die Schlüsselzuweisungen 2018 in Höhe von ca. 500.000 EUR ist zu rechnen. Zudem haben sich Nachzahlungen für die Jahre 2016 und 2017 (insgesamt 44.157 EUR) ergeben.

Bei der Grunderwerbsteuer wurden gegenüber dem Planansatz 2018 in Höhe von 15.628.500 EUR Mehrerträge von rund 2,44 Mio. EUR erzielt. Lediglich in vier Monaten im Jahr 2018 wurde der anteilige Planwert nicht erreicht. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Grunderwerbsteuereinnahmen im Jahr 2018 von 14.118.340 EUR auf 18.069.188 EUR angestiegen. Hintergrund ist, dass aufgrund der Notariatsreform zum 1. Januar 2018 viele Geschäfte ins Jahr 2018 verlagert wurden, sodass die Grunderwerbsteuer im vierten Quartal 2017 niedriger und im ersten Quartal 2018 höher ausfiel.

Mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2018/19 wurde am 15. Dezember 2017 eine Erhöhung der Beträge je Einwohner nach § 11 Abs. 1 FAG von bisher 8,30 EUR für Einwohner Großer Kreisstädte auf 11,41 EUR und von bisher 13,92 EUR für Einwohner der restlichen Gemeinden auf 18,88 EUR beschlossen, welches zu einer Steigerung der Einwohnerzuweisungen um rund 513.900 EUR (Plan: 2.506.300 EUR) führt. Mit der Erhöhung soll eine teilweise Abgeltung des Verwaltungsmehraufwandes der unteren Verwaltungsbehörden für die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes erzielt werden.

Die Kreisumlage 2018 fiel aufgrund eines Anstieges der Steuerkraftsummen, welche erst nach Haushaltsbeschluss bekannt wurde, um rund 799.700 EUR höher aus.

Teilergebnisrechnung

Steuern, allgemeine Zuweisungen, Umlagen 61.10

Alexander Willi, Dezernent I – Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.	Teilergebnisrechnung Ertrags- und Aufwandsarten	IST 2017	PLAN 2018	IST 2018	Vergleich PLAN / IST 2018	Zulässiger Mehraufw. 2018	Ermächtigungen aus 2017	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2018	übertragene Ermächt. nach 2019
		1	2	3	4	5	6	7	8
2	+								
	Umlagen, Zuweisungen und Zuschüsse	152.911.851,02	163.478.500	168.170.766,12	4.692.266,12	519.008,66	0	4.173.257,46-	0
	31110000 Schlüsselzuweisungen Land § 8 FAG	30.268.396,40	30.720.400	31.725.588,20	1.005.188,20	519.008,66	0	486.179,54-	0
	31310010 Zuw.Land §11 (1) FAG (Einwohner)	2.506.461,80	2.506.300	3.020.186,60	513.886,60	0	0	513.886,60-	0
	31310040 Zuw.Land §11 (4) FAG (SoBeG, VRG)	2.889.154,00	2.958.300	11.087.651,00	8.129.351,00	0	0	8.129.351,00-	0
	31310050 Zuw.Land §11 (5) FAG (VRG)	7.955.568,00	8.131.600	0	8.131.600,00-	0	0	8.131.600,00	0
	31510000 Grunderwerbsteuer	14.118.338,64	15.628.500	18.069.188,48	2.440.688,48	0	0	2.440.688,48-	0
	31820000 Kreisumlage	92.235.841,18	100.612.500	101.412.210,84	799.710,84	0	0	799.710,84-	0
	31829000 § 22 FAG Soziallastenausgleich (Status-Q)	2.938.091,00	2.920.900	2.855.941,00	64.959,00-	0	0	64.959,00	0
11	-								
	Ordentliche Erträge	152.911.851,02	163.478.500	168.170.766,12	4.692.266,12	519.008,66	0	4.173.257,46-	0
17	-								
	Transferaufwendungen	9.932.686,52-	11.051.900-	10.987.430,51-	64.469,49	0	0	64.469,49-	0
	43710000 Finanzausgleichsumlage §1a FAG	8.868.349,20-	9.912.800-	9.913.379,10-	579,10-	0	0	579,10	0
	43720010 KVJS-Umlage	1.064.337,32-	1.139.100-	1.074.051,41-	65.048,59	0	0	65.048,59-	0
19	-								
	Ordentliche Aufwendungen	9.932.686,52-	11.051.900-	10.987.430,51-	64.469,49	0	0	64.469,49-	0
20	-								
	Ordentliches Ergebnis	142.979.164,50	152.426.600	157.183.335,61	4.756.735,61	519.008,66	0	4.237.726,95-	0
70	-								
	Kalkulatorisches Ergebnis	0	0	0	0	0	0	0	0
90	-								
	Nettoressourcenbedarf oder -überschuss	142.979.164,50	152.426.600	157.183.335,61	4.756.735,61	519.008,66	0	4.237.726,95-	0

Teilfinanzrechnung

Steuern, allgemeine Zuweisungen, Umlagen 61.10

Alexander Willi, Dezernent I – Verwaltungsausschuss

lfd. Nr.	Teilfinanzrechnung Einzahlungs- und Auszahlungsarten	IST 2017	PLAN 2018	IST 2018	Vergleich PLAN / IST 2018	Zulässige Mehrausz. 2018	Ermächtigungen aus 2017	Verfügbare Mittel abzgl. IST 2018	übertragene Ermächt. nach 2019
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	+								
	Einzahlungen der Ergebnisrechnung	153.046.865,59	163.478.500	168.159.389,34	4.680.889,34	519.008,66	0	4.161.880,68-	0
	61110000 Schlüsselzuweisungen Land § 8 FAG	30.268.396,40	30.720.400	31.725.588,20	1.005.188,20	519.008,66	0	486.179,54-	0
	61310000 Sonstige allg. Zuweisungen Land (FAG)	13.421.371,70	13.596.200	14.037.649,70	441.449,70	0	0	441.449,70-	0
	61510000 Grunderwerbsteuer	14.183.165,31	15.628.500	18.127.999,60	2.499.499,60	0	0	2.499.499,60-	0
	61820000 Kreisumlage	92.235.841,18	100.612.500	101.412.210,84	799.710,84	0	0	799.710,84-	0
	61829000 §22 FAG Soziallastenausgleich	2.938.091,00	2.920.900	2.855.941,00	64.959,00-	0	0	64.959,00	0
2	-								
	Auszahlungen der Ergebnisrechnung	9.932.686,52-	11.051.900-	10.987.430,51-	64.469,49	0	0	64.469,49-	0
	73710000 Finanzausgleichsumlage §1a FAG	8.868.349,20-	9.912.800-	9.913.379,10-	579,10-	0	0	579,10	0
	73720000 KVJS-Umlage	1.064.337,32-	1.139.100-	1.074.051,41-	65.048,59	0	0	65.048,59-	0
3	-								
	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf der Ergebnisrechnung	143.114.179,07	152.426.600	157.171.958,83	4.745.358,83	519.008,66	0	4.226.350,17-	0
9	-								
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
16	-								
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
17	-								
	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
18	-								
	Finanzierungsmittelüberschuss/-fehlbetrag	143.114.179,07	152.426.600	157.171.958,83	4.745.358,83	519.008,66	0	4.226.350,17-	0
21	-								
	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0
22	-								
	Delta Finanzierungsmittelbestand	143.114.179,07	152.426.600	157.171.958,83	4.745.358,83	519.008,66	0	4.226.350,17-	0